

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 116.

Freitag, den 19 Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Überraschungen der Weltgeschichte.

In den letzten Tagen tauchen wieder Friedensgerüchte auf. Ausland soll Kriegsmüde sein, weil es finanziell vollkommen erschöpft ist; Japan desgleichen, weil sein Handel durch den Krieg einen ungeheuren Schaden erlitten hat. Es wäre an sich gewiß nur zu wünschen, daß endlich Waffenstillstand gemacht und daß mit Friedensunterhandlungen begonnen würde. Aber wir glauben nicht daran. Das grausige Morben in großem Stil, wie wir in der Manichure seit Monaten es erlebt, wird wieder beginnen und der Großadmiral wird sein gemeingefährliches Treiben in den asiatischen Gewässern fortsetzen. Seit Monaten treibt sich nun dieser Mensch mit seiner Flotte in den verschiedensten Meeren umher und verursacht überall „Zwischenfälle“, „Konflikte“ und brennende Neutralitätsfragen. Erst kürzlich er die berühmte „Seeschlacht“ von Sull. Nachdem dieser gefährliche Zwischenfall durch die Besonnenheit der englischen Diplomatie aus der Welt geschafft worden war, hielt sich der russische Admiral in den Gewässern von Madagaskar vor; von dort aufgeschreckt durch die diplomatischen Eingriffe der Mächte, begab er sich in die ostasiatischen Gewässer, wo er durch sein völkerrechtswidriges Gebaren in Japan eine gefährliche Aufregung hervorgerufen hat. Wenn dieses Treiben noch lange dauert, so rückt die Gefahr weiterer internationaler Verwicklungen in bedenkliche Nähe. Dem Franzosen kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie mit viel zu wenig Energie und mit viel zu viel Nachsicht gegen den Großadmiral verfahren sind. Es bleibt also immer wieder nur der zwar grausame, aber in den Verhältnissen selbst begründete Wunsch, es möge den Japanern gelingen, die letzte russische Flotte zu vernichten. Dann muß der Friede kommen und mit ihm auch die Beseitigung der Hoffnungen des russischen Volkes. Denn ein durch eine solche Niederlage niedergedrücktes Jarentum kann sich der großen Volksbewegung nicht mehr mit Erfolg widersetzen.

Was aber auch kommen möge, ob der Friede bald oder später geschlossen wird — jedenfalls steht heute schon fest, daß dieser russisch-japanische Krieg so schrecklich er gewaltet, in viel Menschenleben und Kulturarbeit er vernichtet hat, dennoch wie kein anderer Krieg der Welt dazu beigetragen hat, den Gedanken des allgemeinen Friedens zu fördern, indem er die Ueberzeugung von der Verwerflichkeit des Krieges nahezu verallgemeinert hat. Denn nur die Abenteuerer, die Wildschützen, die Spelantanten und die Brutemörder sind heute noch für diesen Krieg eingenommen; die Völker verwerfen ihn.

Welch merkwürdiger hocherfreuender Umschwung in dem sonst als rückständig erschienenen russischen Volke, das seinen Abscheu gegen den Krieg so unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat!

Man vergleiche damit einmal die Zeit vor 35 Jahren — den deutsch-französischen Krieg!

Mit diplomatischen Klüften schlaun umgarn, mußte Napoleon III. damals als ein skrupelloser Friedensbrecher erscheinen. Als er losbrach, gerieten die Völker diesseits und jenseits des Rheins in wüthende Bewegung. Der beherztste künftliche geschulte National- und Massenhaß schlug förmliche Purzelbäume; man glaubte bei uns wirklich an die Phrase von der „Erbfeindschaft“, die doch höchstens bei den herrschenden Schichten, aber nicht bei den Völkern vorhanden sein konnte. Der „furor teutonicus“ brach los und der gallische Hahn krächte. Die wertigen Stimmen, die sich dagegen erhoben, verschwanden in dem ungeheuren Lärm des Kampfes. Johann Freyß protestierte gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen, die Braunschwelger Zeitung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei protestierte gegen die Fortsetzung des Krieges nach der Schlacht von Sedan. Verhaftung und Internierung der „Protestanten“ an der russischen Grenze war die Antwort. Man vernahm nun fast keinen lauten Widerspruch mehr, ausgenommen im Leipziger Zentralorgan der Eisenacher Sozialdemokratie. Wer sich damals öffentlich gegen den Krieg äußerte, wurde als frecher Friedensbrecher erklärt; es wurden „nationale Interessen“ und „historische Ansprüche“ geltend gemacht; die „Ehre und Größe“ des russischen Reichs wurden ins Spiel gebracht und trotz alledem: Das russische Volk ließ sich für den Krieg nicht

begeistern! Keine Spur von dem „Furore“, der 1870 die Deutschen mit sich forttrieb! Keine Spur von dem National- und Massenhaß, den man 1870 in Deutschland und Frankreich zu entzünden wußte! Das alles beschränkte sich auf die offiziellen Kreise. Das russische Volk demonstrierte gegen den Krieg beim Abgang der Soldaten nach dem Kriegsaussatz, es demonstrierte während des Krieges, indem Tausende und Abertausende dem verhassten Kriegsdienst entflohen, und es demonstrierte bei den russischen Niederlagen, indem es von ihnen den Sturz des alten Despotismus erhoffte!

Wohin ungeheurer, in seiner ganzen Wirkung noch kaum zu erfassender Umschwung! Dasselbe russische Volk, das man bis vor kurzem noch wie eine Schaafherde zur Schlachtbank treiben zu können gewohnt war, widersteht mit einem Male dem Kriege weit bürgerlicher, als jemals ein westlicher wohnendes Volk es getan!

Aber auch die „Zwischenfälle“ hat ihr Teil dazu beigetragen, den Widerwillen der Völker gegen den Krieg zu verstärken. Jawohl, die „Zwischenfälle“! Sie hat mit ihrer hochentwickelten Technik auch die Mordmaschinen vervollkommen und die Menge des vergossenen Blutes erfüllt die ganze Menschheit mit Schauer: die Verwüstung, die der moderne Krieg anrichtet, ist eine unbeschreibliche; darin übertrifft er in mancher Beziehung die Kriege früherer Jahrhunderte um ein Bedeutendes. Man denke nur an den schrecklichen Seekrieg, der die Meere weithin mit schwimmenden Minen bedeckt. Welche Gefahr für den ganzen Seeverkehr; denn niemand kann wissen, wohin Wind und Wellen die Minen treiben. Dazu die großen Kosten des modernen Krieges, die zu Pfaffen von Schwelgeren Höhe aufsteigen.

So geht es mit dem Kriege wie mit einer Krankheit, die nicht eher geheilt werden kann, als bis sie ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Schrecken des Krieges können kaum mehr gesteigert werden und mehr als einmal haben auch die eisernen Nerven der Japaner vor der furchtbaren Gewalt der mechanischen Zerstörungsmittel verlagert. Es ist der Anfang vom Ende — die Empfindungen des russischen Volkes gegenüber dem Massenmord im Osten werden nachzuden und zittern bei den anderen Völkern und die Bewegungen gegen den Krieg werden stärker und stärker werden. Gestagt es erst dem russischen Volke, den alten Absolutismus zu stürzen und an seiner Stelle ein modernes Gemeinwesen zu errichten, dann ist es keine Unmöglichkeit mehr, eine Abwärtsturne zu erreichen.

Man sieht, die Weltgeschichte hat immer allerlei Überraschungen im Vorrat. An die schnelle revolutionäre Wandlung im russischen Volksgeist hätte niemand geglaubt. Uns dünkt, daß wir wohl noch mancherlei Überraschungen erleben können in dieser schnelllebigen Zeit.

Politische Kuriositäten.

Grüßliche Kuriositäten.

Süßener wieder frei! Der Pöbel aus Essen und feudale Gesänge vom Ehrenbreitstein, Eschbacher Hüßner, hat in diesen Tagen seine „Strafe“ abgeholt. Am 1. Oktober 1903 erstlich er belamächtig von hinten den Einjährigen Hartmann in Essen, wofür er zu vier Jahren Festung und einer Woche Gefängnis und Degradation verurteilt wurde. Dem Oberkriegsgericht in Kiel erstlich diese Strafe noch zu hart, es milderte sie zu zwei Jahren und sieben Tagen Festung ab. Diese Zeit ist nun bald um und Hüßner wird in den nächsten Tagen frei. Wir würden dafür plädieren, daß er fortan unter Polizeiaufsicht gestellt wird, damit er nicht noch mehr Menschenleben vernichtet.

Der Staat in Gefahr! Soll Entschuldigend tritt das Bündlerorgan mit, „daß, während früher der Geheimvertrag Hitler den Bergleuten den Betritt zu den Gewerkschaften verboten habe, nunmehr die Bergwerksdirektion, also doch wohl das Handelsministerium, nichts dagegen habe, wenn die Bergleute Mitglieder von Gewerkschaften seien.“ In einem Rechtsstreit sollte das etwas ganz Selbstverständliches sein. So gut, wie die Unternehmer sich organisieren, ohne daß ihnen jemand dazwischen redet, sollte es auch das Recht der Arbeiter sein, sich nach Belieben zu organisieren, ohne daß ihnen weder der Staat noch ein Privatunternehmer dazwischen redet. Davon waren wir in Preußen-Deutschland bisher noch weit entfernt, und zur Zeit wird es nicht anders sein. Wir glauben es einfach nicht, daß bei den Anschauungen, die der Eisenbahnminister betätigt und die der Handelsminister in der Berggesetz-Kommission vertreten, die Bergwerksdirektion eine so vernünftige und selbstverständliche Stellung angenommen hat. Die Sache läßt das Müssen nicht, und Kaiser Staat wird nicht aufhören. Den Organisationen der Arbeiter Schwierigkeiten den Weg zu legen. Die Arbeiter-Organisation wird aber trotzdem fortschreiten.

Das Zentrum und die Bergarbeiter. Der Versuch der Sozialdemokratie, den Beschlüssen des Berliner Bergarbeitertages Geltung in der Gesetz-

gebung zu verschaffen, wird von Seite des Zentrums keine Unterstützung finden. Das geht klar und deutlich aus einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ hervor, der sich mit der Behandlung des Berggesetzes durch den Reichstag beschäftigt. Das leitende rheinische Organ des Zentrums hat den traurigen Mut, die Sozialdemokraten wegen der Ehrlichkeit, mit der sie an den Beschlüssen des Bergarbeitertages festhalten, zu verspotten. Es höhnt über das „übliche Uebergebotsverfahren“ der Sozialdemokratie und meint dabei: „... welcher Schaden kann damit angerichtet werden? Die Sozialdemokratie mag das Blaue vom Himmel herab beantragen. Sie mag beantragen, daß jedem Bergarbeiter zehn Rüge von „Föhnliche Morgenröte“ zu übertragen seien, das wird auf die ihrer hehlerischen Agitation nicht zugänglichen Bergarbeiter gar keinen Eindruck machen, da diese genau wissen, daß über die Regierungsvorlage hinaus auch im Reichstag praktisch zurecht nichts zu erlangen ist, weil eben der Bundesrat, der zweite gleichberechtigte Faktor der Reichsgesetzgebung, einem Mehr nicht zustimmen würde.“ Wie wohl auch die christlichen Arbeiter wissen, in die Sozialdemokratie nicht beantragen, daß jeder Bergarbeiter zehn Rüge der reichsten Pöbel erhalten soll, sondern sie will beantragen, daß das zum Gesetz werde, was auch die christlichen Bergarbeiter auf dem Berliner Tage als das Mindestmaß des notwendigen Arbeiterschutzes erklärt haben. Die albern und selbstlosen Mitglieder der „Kölnischen Volkszeitung“ richteten sich also in welchem Maß gegen die Sozialdemokratie wie gegen die christlichen Arbeiter und gegen deren berechtigten Forderungen. Mit der alten Ausrede, es sei eben nicht mehr zu erreichen, lockt das Zentrum keinen Hund mehr vom Djen. Die Arbeiter würden sich für eine parlamentarische Vertretung schoneas bedanken, die bei ihren Beschlüssen immer ängstlich darauf bedacht ist, ob nur ja die hohen Regierungen mit ihnen zufrieden sein würden. Ein anständiger Volksvertreter muß allemal für das stimmen, was er für notwendig und gerecht hält, ganz gleichgültig, was der hohe Bundesrat dazu sagen wird. Der Abgeordnete entledigt sich seiner Verantwortung, indem er nach bestem Wissen und Gewissen seine Stimme abgibt. Für das, was dann weiter geschieht, ist nicht er, sondern der Bundesrat verantwortlich. Hätte der Reichstag eine Mehrheit, die ohne Schwanken beschließt, was den Wünschen des Volkes entspricht, so würde es sich der Bundesrat zweimal überlegen, ob er dazu Nein! sagen dürfe. Dann aber, wenn der zweite gleichberechtigte Faktor der Reichsgesetzgebung den Wünschen der Arbeiter so feindselig gesinnt ist, daß man gar nicht daran denken darf, sie ihm in Form eines Gesetzesvorschlages zu unterbreiten — wirt das nicht auf die allgemeinen politischen Bestände Deutschlands ein großes Licht? Der Bundesrat besteht aus den Vertretern der einzelstaatlichen Regierungen, die wieder den verschiedenen Landtagen verantwortlich sind. Will man also den Bundesrat den Wünschen des Volkes gefügig machen, dann muß dafür gesorgt werden, daß das Volk in den Einzelstaaten besser zu Worte kommt. An dem Tage, da in allen deutschen Einzelstaaten der Landtag nach gleichem Volkswahlrecht gewählt wird, wird nicht mehr zu befürchten sein, daß sich der Bundesrat den Beschlüssen des Reichstags widersetzen könnte. Was aber hat das Zentrum zur Verbesserung des Bundesrats getan was will es dazu tun? Nein, diesmal wird es den Zentrumsgeulken nicht gelingen, sich herauszureiben. Ihre Späße erregen keine Heiterkeit und ihre Günde verfangen nicht mehr. Das Zentrum läßt die christlichen Arbeiter, das heißt seine treuesten Parteigänger, schände im Stich. Vergebens spricht es viel, um zu versagen; der andere hört von allem nur das Nein! Und dieses Nein, das das Zentrum den Beschlüssen des Bergarbeitertages entgegenstellt, wird ihm nicht vergessen werden.

Ultramontane Kommunalpolitik. Eine interessante Beleuchtung ultramontaner Kommunalpolitik liefert die folgende Notiz der ultramontanen „Gelsenkirchener Zeitung“: Rotterdam, 11. Mai 1905. In einer am Sonntag stattgefundenen, sehr besuchten Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrums-Partei, in der meist organisierte Fragen besprochen wurden, wurde auch über die Kandidatur von zwei Zentrums-Vertrauensmännern durch Bege „Dahlbusch“ verhandelt. Diese Kandidatur wird allgemein und muß auch als eine mit dem Bergarbeiterausstande in Verbindung stehende Maßregelung aufgefaßt werden. Der Wahlauschuss der Zentrums-Partei hatte in einem öffentlichen Schreiben die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß nur durch seine Hilfe bei der letzten Gemeinderatswahl fünf Beigeordnete gewählt seien, aber die Vertretung ist ohne Erfolg geblieben. Der Wahlauschuss hat darauf seine wohlverdiente Erregung über das Vorgehen der Zentrumsverwaltung durch die folgende Resolution zum Ausdruck gebracht: „Die Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrums-Partei erklärt: Die Verwaltung der Bege „Dahlbusch“ hat es uns selbst durch ihr Verhalten unmöglich gemacht, bei späteren Gemeinderatswahlen mit ihr zusammen zu gehen. Trotzdem sind wir nicht abgeneigt, auch fernerhin mit der evangelischen Arbeiter- und Bürger-

schast uns zu einigen, falls auch diese von der Aufstellung von Beisetzern Abstand nimmt. Andernfalls würden wir genötigt sein, in allen drei Abteilungen eigene Kandidaten aufzustellen." Das ultramontane Blatt gibt also damit indirekt zu, daß die Kommunalpolitik seiner Partei bisher darin bestanden hat, die christlichen Arbeiter zur Wahl der Beisetzern in die Gemeindeverwaltung zu kommandieren und damit die Gemeindefürsorge der Kirche zu übertragen. Man begreift nicht, mit welchem Recht sich die ultramontane Partei als eine Vertreterin von Arbeiterinteressen gegen das Großkapital aufstellt.

Untersuchungsrichter in eigener Sache. Wegen der allzu unerkennbaren Wahlfälschungen der Konservativen bei der letzten Reichstagswahl im Kreise Memel-Gebietung hatte sich der Reichstag veranlaßt gesehen, das Mandat des konservativen Mitglieds Krause zu beanstanden. Besonders hatte die Reichstagskommission Beweiserhebung darüber beschlossen, ob das am Morgen des Wahltages im „Memeler Dampfboot“ erschienene Inserat des Königl. Landrats Geh. Regierungsrat Czang noch so rechtzeitig in die Hände der Wähler noch hätte beeinflussen können. Diese Beweiserhebung scheint bereits im Gange zu sein. Merkwürdigerweise beteiligen sich daran aber nicht nur die amtlichen Stellen, sondern auch der Vorstand des konservativen Wahlvereins, obwohl sich gerade gegen ihn und seinen Gewährten der Wahlprotest richtet. Wie die „Königsb. Post. Ztg.“ erzählt, läßt der Vorsitzende dieses Wahlvereins, Rittergutsbesitzer Sperber in P. Stulz bei Memel, in größeren Mengen (zirka 400 Exemplaren) ein Formular drucken und zum Zwecke der Unterzeichnung vorbereiten, das etwa wie folgt lautet: „Hiermit beklage ich, daß ich am Wahltage durch die Bekanntmachung des Königl. Landrats Nr. 138 des „Memeler Dampfboot“ bei der Wahl nicht beeinträchtigt worden bin.“ Der Wahlkreis Memel-Gebietung liegt direkt an der russischen Grenze.

Ausweisung und Kontraktbruch. Die vollständige Vogelfreiheit der ausländischen Proletarier in Deutschland geht auch aus folgender amtlichen Bekanntmachung im Teutower Kreisblatt hervor:

L. 9005. Berlin, den 11. Mai 1905.

Der russisch-polnische Arbeiter Valentin Dürkowsky hat seine Arbeitsstelle auf dem Gute Klein-Bietzen unter Kontraktbruch heimlich verlassen.

Ich ersuche, ihn im Ermittlungsfalle festzunehmen und seine Ausweisung zu veranlassen.

Der Landrat. J. A. v. Ugenbach.

Ein Ausländer der also nicht auf Gnade und Ungnade sich seinem Gutsherrn ausliefern, wird — aus gewiesen. Preussische Ausweisungspolitik im Dienste der Agrarier!

Die internationale Arbeiterversammlungs-Konferenz hat folgende Grundzüge eines internationalen Uebereinkommens über das Verbot der industriellen Nachtarbeit bei der Frauen festgestellt: Artikel 1. Die industrielle Nachtarbeit der Frauen soll verboten sein. Dieses Uebereinkommen erstreckt sich auf alle industriellen Unternehmungen, in denen mehr als zehn Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind; es findet keine Anwendung auf Anlagen, in denen nur Familienglieder tätig sind. Jeder der vertragsschließenden Teile hat den Begriff der industriellen Unternehmungen festzustellen; unter allen Umständen sind hierzu zu rechnen Bergwerke und Steinbrüche sowie Bearbeitung und Verarbeitung von Gegenständen. Dabei sind die Grenzen zwischen Industrie einerseits, Handel und Landwirtschaft andererseits durch die Belegung jedes Staates zu bestimmen. Artikel 2. Die Nachtruhe hat eine Dauer von mindestens elf aufeinanderfolgenden Stunden; in diesen elf Stunden soll in allen Staaten der Zeitraum von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens einbezogen sein; in den Staaten jedoch, in denen die Nachtruhe von erwachsenen industriellen Arbeiterinnen gegenwärtig nicht geregelt ist, darf die Dauer der ununterbrochenen Nachtruhe während einer Uebergangsfrist von höchstens drei Jahren auf zehn Stunden beschränkt werden. Die folgenden Artikel betreffen die Fälle, in denen das Verbot außer Kraft treten kann, die Festsetzungen für das Inkrafttreten des Uebereinkommens etc. Gekoren vormittag um 10 Uhr fand die Schlußsitzung der internationalen Arbeiterversammlungs-Konferenz statt.

Trinkgelder für die Presse. Aus Dresden wird dem „Vorw.“ geschrieben: Kaum zwei Jahre sind verstrichen, seitdem den Handelsredakteuren von vier Dresdener Zeitungen nachgewiesen wurde, daß sie von der inzwischen vertriehenen Bank für Handel und Kredit mehrere hundert Mark Trinkgelder angenommen haben, und schon wieder ein neuer Fall in der sächsischen Landeshauptstadt bekannt, der zeigt, daß dort die Pressekorruption zu Hause ist. Dem Professor Dr. Storke, Kunstredakteur in den „Dresdener Nachrichten“, Hofschauspieler a. D. und Vorsitzender des Vereins Dresdener Presse ist nachgewiesen worden, vom Dresdener Zentraltheater 500 Mark Trinkgeld angenommen zu haben. Sie sollen angeblich eine Entschädigung für Bemühungen beim Wohlthätigkeitsfeste sein, das der Verein Dresdener Presse im Zentraltheater abgehalten hat. Hätte aber Dr. Storke wirklich Anspruch auf Entschädigung für geleistete Arbeit, hätte er sie vom Verein Dresdener Presse bekommen müßte; in Wirklichkeit steht die Summe von 500 Mark in gar keinem Verhältnis zu der aufgewandten Arbeit, die übrigens von mehreren geleistet worden ist. Die 500 Mk. können nichts anderes als eine Provision von dem Gewinne sein, den das Zentraltheater bei dem Wohlthätigkeitsfeste zu verzeichnen hatte oder auch eine Entschädigung dafür, daß Storke seinen Einfluß geltend gemacht hat, das Fest im Zentraltheater abzuhalten. Das Schicksal aber ist das Verhalten des Vereins Dresdener Presse zu der Angelegenheit. Er mußte sich mit dem Mittelalterspiel des Professors Dr. Storke befassen, nachdem ein ehemaliger Redakteur der „Dresdener Nachrichten“, Dr. Lohar, die Sache enthüllt und dem Verein unterbreitet hatte. Der Verein entschied, es liege kein Anlaß zum Einschreiten vor, denn die Festlichkeiten der Vereinsmitglieder seien nicht geschädigt. Dr. Storke hätte die 500 Mk. nur als Entschädigung für die Bureauarbeiten für das Fest erhalten. Und mit dieser Begründung sprach der Verein seinen Vorsitzenden frei. Offenbar ist die Sache gar nicht richtig unterzucht worden, denn in dem Entschuldigungsbescheid des Vereins steht kein Wort davon, daß Dr. Storke die Summe anfangs selber zurückgewiesen hat, daß sie aber später durch Vermittelung der Frau Storke doch in seiner Tasche verschwunden ist.

ein Zeichen, daß selbst Storke anfangs nicht wohl gewesen ist bei der Sache. Der Verein Dresdener Presse hat sich ja von jeher durch gründliche Untersuchungen solcher Teinzelangelegenheiten ausgezeichnet. Als die vier oben erwähnten Handelsredakteure durch die Enthüllungen der „Berliner Morgenpost“ kompromittiert waren, untersuchte dieser Verein die Angelegenheit auch. In einer Resolution wurde die Sache als vollständig ergründet und erledigt hingestellt. Zwei Tage später wurden die Namen der betreffenden Handelsredakteure festgestellt und die Herren auch von ihren Blättern entlassen. Der neue Fall Storke hat aufs neue wieder gezeigt, wie der Verein Dresdener Presse die Pressekorruption beseitigt. Unter der Herrschaft solcher Richter ist es natürlich kein Wunder, wenn Journalisten für Gefälligkeits-Trinkgelder nehmen mit derselben Bescheidenheit wie Kellner und Dienstmädchen. Wenn solche Anstalten blag pressen, wie sie der Verein Dresdener Presse hat, muß der Pressekorruption die und der Tor geöffnet werden.

Dunkle Gerüchte. Über die innere politische Konstellation ist in den letzten Tagen viel seltsames und geheimnisvolles Gerücht gewirrt. Den Vogel schloß wohl die „Königsb. Volkszeitung“ mit ihrem Artikel über die drohende Reichstagsauflösung im kommenden Herbst etc. Als einer der Gründe wurde damals die Schwierigkeit der Reichsfinanzreform genannt. Jetzt schreibt eine Berliner Zeitung über dieses Thema: In dem im Reichstagsrat ausgearbeiteten Entwurf ist eine Reichsverschärfung vorgesehen nach dem Muster der englischen und französischen Gesetzgebung, also mit der Besteuerung auch der direkten Nachfolge sowie der Ehegatten untereinander, sowie eine Entschädigung derjenigen Bundesstaaten, die schon heute die Erbschaftsteuer als Staatssteuer besitzen. Der Entwurf rechnet (wie schon früher mitgeteilt), mit einer Jahreseinnahme von 100 Millionen Mark, wovon zirka 20 Millionen in Form der Entschädigung abgehen würden. Freiherr von Helldorf hält an diesem, im Landtage zur Genüge gekennzeichneten ablehnenden Standpunkt gegenüber einer Reichsverschärfung fest. Er bestreut, worin ein Tabakfabrikantensteuer. Man wird zunächst abwarten müssen, was der beiden Ministern aus diesem Kampf der Meinungen als Sieger hervorgeht. So viel aber dürfte mit einiger Sicherheit feststehen, daß eine neue indirekte Steuer, wie die Tabakfabrikantensteuer, im Reichstagsrat ohne weiteres begraben und damit die ganze Reichsfinanzreform zu Fall kommen würde. Daß in parlamentarischen Kreisen mit einer herabgesetzten Eventualität und für diesen Fall zugleich mit einer Reichstagsauflösung gerechnet wird, beweisen die zahlreichen Kreisgerüchte, die in der letzten Zeit auftraten. Wir glauben nicht, daß der Ablehnung einer Reichsfinanzreformvorlage eine Auflösung des Reichstages folgen würde. Dagegen müßte mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß Freiherr von Siengel in diesem Falle auf sein vornehmeres Amt verzichtet. — Die Ablehnungen, die derartige Ausführenden bisher erfahren, waren stets so hartnäckig und allgemein gehalten, daß sie die zu demütigenden Gerüchte eher bestärkten, als besetzten. Die Rechnung, die die Regierung bei einer etwaigen Reichstagsauflösung zu machen glaubt, besteht augenscheinlich in einer Einschüchterung desentrums, daß immer noch nicht genügend regierungsfreundlich ist.

Ein schweres Gefecht wird aus Südrussland gemeldet. Das amtliche Telegramm besagt: Der Oberhäuptling Cornelius Frederik mit etwa 300 Mann war zuletzt am Zusammenstoß des Kapp und Kuums festgesetzt worden, und Major Täubler beabsichtigte, ihn mit 4 1/2 Kompanien und zwei Geschützen von verschiedenen Seiten her anzugreifen. Von diesen Truppen rückte am 8. Mai die erste Stappkompanie unter Hauptmann v. Kappard von Süden kommend, allein auf dem überlegenen Gegner, der sich mittlerweile nach dem oberen Ganachab gezogen hatte. Hauptmann v. Kappard wurde schwer verwundet. Es fielen 6 Reiter, verwundet wurden 6 Reiter. Am folgenden Tage erreichte von Norden kommend, Hauptmann Baumgärtel mit 90 Gewehren noch 46 kühnigen anstreichenden Marsch das Gefechtsfeld und griff überaus rasch die Stellung des Cornelius an. Dieser floh nach kurzem Widerstand, unter Zurücklassung von 4 Toten, 1 Verwundeten und großen Viehmassen, mit etwa 100 Reitern in der Richtung auf Werseba, der Rest seiner Leute zerstreute sich. An Stelle der erschöpften Abteilung des Hauptmanns Baumgärtel, nahmen der herbeigeeilte Major Täubler und die erste Stappkompanie die Befolgung auf. Major v. Kappard befindet sich im Wornarsch gegen Kowchanow, wo neueren Nachrichten zufolge M. Orenka seinen Abhang gesammelt hat. Die Zahl der gefangenen Hengere beträgt jetzt 5804 (darunter 1493 Männer) und hat seit dem 10. April um 2371 (darunter 601 Männer) zugenommen. — Aus der Meldung geht anscheinend hervor, daß die Kompanie v. Kappards in einem Hinterhalt geraten ist. Ein Ende dieser Kämpfe ist immer noch nicht abzusehen!

Kleine politische Nachrichten. Dem Bundesrat sind die Grundzüge zugegangen, die das Reichsgeldwährungsamt aufstellte, um möglichst über das ganze Reichsgebiet hin den Städten Anhaltspunkte für eine gute, das heißt den heutigen Anforderungen der Wissenschaft entsprechende Wasserversorgung an die Hand zu geben. — Die Kamerun-Eisenbahnvorlage wurde von der Budgetkommission des Reichstages in zweiter Lesung ohne wesentliche Änderungen angenommen. — Eine Konferenz für internationale Eisenbahntransport tritt am 4. Juli in Bern zusammen. — Die französische Deputiertenkammer hat den Art. 14 des Gesetzesentwurfs, betreffend die Trennung von Staat und Kirche, angenommen, wonach der Heimfall gewisser kirchlicher Güter an den Staat, auf denen nicht fromme Stiftungen ruhen, geregelt wird. — Der Kanadier James Ellis, der im vergangenen Jahre in Breslau verhaftet worden war, wurde wegen Spionage zu fünf Jahren Gefängnis und 5000 Franks Geldstrafe verurteilt. Der Aufenthalt in Frankreich wurde ihm auf zehn Jahre verboten. — Ein von Fes abgegangener französischer Kurier ist wenige Stunden von Tanger entfernt von einem bewaffneten Haufen überfallen und ausgeplündert worden. — Die rumänische Regierung hat bis zur Erledigung des türkischen Zwischenfalls die Beziehungen mit der Pforte abgebrochen.

Rußland. Zur Lage. Die Attentate gegen russische Polizeibeamte nehmen einen Charakter an. Vom gestrigen Tage meldet die Petersburger Telegraphenagentur aus Ufa: Der

Gouverneur Generalmajor Sokolowsky während des Zwischenalles einer Theateraufführung öffentlichen Garten durch mehrere Revolverkugeln schwer verwundet. Der Täter ist entkommen. Der Zustand des Gouverneurs, der bei vollem Bewußtsein ist, ist sehr bedenklich. W. Z. Gouverneur Staatsrat W. Z. Sokolowsky hat die Geschäfte des Gouvernements übernommen. — Man scheint in russischen Regierungskreisen ernste Ereignisse zu erwarten, denn der Stellungnahme auf neue eingeschäft, bei Meldungen über Unruhen im Reich: sowie vom Kriegsschauplatz sich größter Reserven zu bestreuen. In Petersburg sind 2000 Arbeiter der Newskiwerte in den Ussurien getreten; man befürchtet, daß auch die Wäcker die Arbeit niederlegen werden. — Nach Meldungen aus Warschau hat der geheime Rat dem Generalgouverneur Maximowitsch wegen der blutigen Vorgänge am 1. Mai das Todesurteil zugestimmt. Diese wurde in der Nacht in zehn Exemplaren in der Wohnung des Generalgouverneurs angeschlagen. — Ueber den allg. streik am 4. Mai in Warschau und Schestib. „Warschauer Tageszeitung“ — offizielles Regierungs- und Volksorgan — folgendes: „Am 4. Mai durchlebte Warschau wieder einen unruhigen Tag. Alle Fabriken, Anstalten, Werkstätten, die Mehrzahl der Läden und Geschäfte, die Redaktionen der Zeitungen, ein Teil der Restaurationen, fielen unterworfen dem Befehl der sozialdemokratischen Partei, die die Opfer des Zufalls (!) vom 1. Mai durch eine allgemeine Arbeitsruhe ehren wollten, und waren deshalb vom frühen Morgen an schon geschlossen. In den letzten Tagen konnte man in Warschauer Geschäften eine ungewöhnliche Nachfrage nach roten Kravatten und eben solchen Wändern für Schleißen, die von zahlreichen Wäcker auf dem rechten Ufer getragen werden, bemerken. Einige Geschäfte verkauften ihren ganzen Vorrat, sogar solche, die durch langes Liegen verdorben waren, und noch dazu zu solchen Preisen wie 2 1/2 Rubel (?) für das Stück.“ Es ist ein aller Eitel oder besser ein Selbstbetrüger der russischen Regierung, daß sie alle Unruhen und Revolutionen einigen Uebelthätern zuschreibt, die die „börsliche“ Bevölkerung zu revolutionären Taten aufstacheln. Richtig ist auch der Ärger über den Ausverkauf der roten Kravatten und über die hohen Preise, die angeblich dafür bezahlt worden sind. Gerade der Umstand, daß die gesamte Bevölkerung an der Trauer teilnahm, widerspricht ja dem Volksgemurgen, daß an dem Ganzen nur einige wenige Heber schuld seien. Aber das Fehlen der Sozial ist ein charakteristisches Merkmal aller im Verfall sich befindenden Massen und Regierungen.

Schweiz.

Eine Zuchthausdebatte im Züricher Großen Rat. Schon durch zwei Sitzungen hatte sich der Große Stadtrat von Zürich mit einer Interpellation des Architekten Bleuler zu befassen, welche den Stadtrat befragte, welche Maßnahmen dieser künftige zu ergreifen gedenke, um bei Streiks die Arbeitswilligen ausreichend und den bestehenden Vorschriften gemäß zu schützen. In Zürich besteht seit sechs Wochen ein Maurerstreik, der mit großer Eile geführt wird. Der Interpellant wußte recht wenig tatsächliches Material vorzubringen; er beschränkte sich auf Behauptungen, daß die Streikenden Privatbesitz betreten und daß sie eine Unzahl von Drohungen ausgesprochen hätten. Stadtrat Freytag stellte fest, daß Vermittlungssuche unternommen worden seien, aber vergebens. Die Stadt werde durch den Streik sehr in Mitleidenschaft gezogen, weil die Fertigstellung eines neuen Gaswerkes dringend nötig sei. Länger zu warten, sei unmöglich, und die Stadt sehe sich gezwungen, den Regiebetrieb in Betracht zu ziehen, und die Bauherren hätten kein Recht, dagegen zu protestieren. Es spricht jedoch der Genosse Greulich, der in einer sachlichen Rede die ganze Geschichte des Streiks durchging und darauf hinwies, daß die Arbeiterunion, trotzdem der Streik den Gewerkschaftsregeln nicht entsprach, sich im Interesse des Gemeinwefens für verpflichtet fühlte, die 2000 unorganisierten Arbeiter nicht sich selbst zu überlassen. Nach Greulich hielt der Genosse Lang einen temperamentsvollen Vortrag über die persönliche Freiheit. Nicht daß Ausschreitungen vorkommen, sondern daß sie nicht vorkommen, um nacheinander Polizei, Feuerwehr und Militär eingreifen, das Streikkomitee verhaften zu lassen, um so Herr der Arbeiter zu werden. In der zweiten Sitzung kam auch der Genosse Farrer Pflüger zum Wort. Mit mächtiger Stimme teilte er für die Streikenden ein und bezeichnete die Arbeiter, die ihre Kollegen in den Klüden fallen, als Schurken und Verräter, die sich meist aus dem niedrigsten Lumpenproletariat, aus Alkoholikern ohne Ehr- und Standesgefühl rekrutieren. Mit großem Ungeflüm greift er die Liberalen an, er ruft: Ich weiß nicht, wie viele von ihnen zu jener Bande gehören, die am Sechselanten bei den Büchsen in der unflätigsten Weise loszog. Er erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Rußland und Japan.

Auf die erneuten Vorstellungen Japans hin hat die französische Regierung jetzt endlich Admiral Jonquieres, den Befehlshaber der französischen Seestreitkräfte in den indochinesischen Gewässern, aufs bestimmteste angewiesen, keine Neutralitätsverletzungen seitens der russischen Flotte zu dulden. Aus der amtlichen Anzeige, die hierüber der Regierung in Tokio gemacht wurde, teilt eine Neutermedung mit: Admiral Jonquieres kreuzte, wie er berichtet, am 13. und 14. Mai an der Küste von Anam zu dem Zwecke, die russischen Kriegsschiffe zur Weiterfahrt zu veranlassen, falls er solche antreffen sollte, er stieß jedoch auf keine; in den indochinesischen Gewässern von Saint Jacques gelegenen beunruhigenden Ankerplatz wurde kein russisches Kriegsschiff bemerkt. — Der französische Admiral will die Mörderflotte jedenfalls nicht jagen.

Nach Meldungen der Blätter aus Kronstadt gab der Geschwaderchef der baltischen Flotte, Wirilow, in einem Tagesbefehl an die Kommandanten der Schiffe des vierten Geschwaders bekannt, dieselben zum 14. Juni unbedingt zur Abfahrt nach dem fernen Osten bereitzustellen.

Die „Wischewija Wjedomosti“ meldet, in Petersburg und Konstantinopel sind unkontrollierbare Gerüchte im Umlauf, daß Roschdjestwensky an einer schweren Nerven-

zerstört und gebeten habe, ihn abzuändern. Der Petersburger „Bistok“ nennt Vizemiral Dittlow als Nachfolger Roschbiestwenzys.

Über die Wählergebnisse.

Donnerstag, den 18. Mai 1905.

Achtung, Wähler! Ueber den Wählergebnissen-Bericht von H. Drenth ist wegen Wahlverfahren die Sperre verhängt. Bezug ist fernzuhalten.

Die Wahlkommission der Wähler.

Der Bezug von Wählern nach Burg (Fehmann) und Kienfeld H. ist streng fernzuhalten!

Die Prüfungskommission, die eine Kommission des Bürgerausschusses mit dem Wahlrechtsraub aufgeführt hat, ebnete mit dem vom Amtblatt, das ja seine Pappentweimer zu kennen scheint, schon lange vorher angeländigten Schluss: der fast gänzlich unveränderten Ausnahme der Senatsvorlage, die kühnigen, interesselosen Beamten und wohlhabenden Gewerbetreibenden, denen die Staatsangelegenheiten vollständig „wurscht“ sind, zum Erwerb des Bürgerrechts zu zwingen um dadurch Stimmvieh für die erste Klasse zu erhalten. Der Bericht der Kommission enthält weiter eine Fülle von Berechnungen, die ebensowenig im Schoße Kommission entstanden wie beweiskräftig für die Senatsvorlage sind; im Gegenteil, sie legen ziffermäßig dar, wie der sozialdemokratische Gedanke immer weitere Kreise ergreift, während das Bürgertum, das nur dem traffen Egoismus huldigt, nirgends Fortschritte erzielen kann, was ja auch bei seinen reaktionären Tendenzen nur selbstverständlich ist. Antat nun der Arbeiterklasse den ihr gebührenden Einfluss auf die Führung der Staatsgeschäfte zu gewähren, sucht man dieselbe mit einer so kleinen Anzahl von Sigen in der Bürgerschaft abzuspeisen, daß ihre Bedeutung nur theoretischen Wert haben wird; denn wie legt das Bürgertum sich in seinen Handlungen nicht von dem Gefühl des Rechts, sondern von dem der Macht leiten läßt, so wird in Zukunft die Stimme der Arbeiterklasse wohl außerhalb der Bürgerschaft ihr Echo finden; innerhalb derselben wird sie jedoch an dem im Kapitalismus erstarrten Bürgertum abprallen, das für die Arbeiterklasse noch nie ein Vera hatte. Der Bürgerausschuß, welcher sich gestern mit der Entrechtungsfrage beschäftigte, erklärte sich für die Senatsvorlage und verworf den von der Kommission empfohlenen Bürgerrechtswang. Dagegen nahm sie folgenden Antrag der Kommission an: Die Wahlen zur Bürgerschaft finden in den ersten zwanzig Tagen des Monats statt. Sie erfolgen gleichzeitig an einem Tage in allen Bezirken und Abteilungen des Städtchens Travemünde und des Landgebietes, und an einem späteren Tage gleichzeitig in allen Bezirken und Abteilungen der Stadt und der Vorstädte. Die Tage der Wahl werden im September vom Bürgerausschuße bestimmt. Die Gewählten treten am ersten Montag im Dezember in die Bürgerschaft. Diese Bestimmungen betreffen ja nur Nebensächlichkeiten. Abgelehnt wurde ein Antrag Dr. Wittern, der besagt: Der Bürgerausschuß lehnt es ab, die Anträge des Senates unverändert zur Mitgenehmigung zu empfehlen; er empfiehlt die Anträge des Senates mit der Maßgabe, daß 1. die Vertreterzahl in Abteilung I erhöht wird, 2. das Wahlberechtigungsalter auf 25 Jahre hinaufgesetzt wird, 3. die Unterscheidungsgrenze für die Abteilungen I und II über 2000 Mk. erhöht wird, 4. die Wahlen für die Stadt in beiden Abteilungen nach den Grundätzen der Verhältniswahl stattfinden. Dieser Antrag hätte schon eine liberale Tendenz, denn er sollte ja die Zahl der „arbeitsfähigen“ Vertreter erhöhen; der Antragsteller hoffte jedoch dadurch, daß auch zugleich die Grenze hinaufgesetzt würde, in der zweiten Abteilung der Sozialdemokratie einige Mandate abzugeben. Die Mehrheit des Bürgerausschusses erkannte jedoch die Möglichkeit, daß man sich durch diesen Antrag der Gerechtigkeit um eines Haares Breite nähern würde und deshalb lehnte sie ihn schleunigst ab. So ist denn nun der Wahlrechtsraub in seiner ganzen Brutalität vom Bürgerausschuße aufgegeben worden; jetzt wird sich noch die Bürgerschaft mit demselben zu beschäftigen haben, bevor er Gesetz werden kann. Die Arbeiterklasse hat die Pflicht, nach wie vor bei jeder Gelegenheit Stellung gegen den Wahlrechtsraub zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, daß der sozialistische Gedanke immer tiefere Wurzeln schlägt. Das Gule wird die Entrechtung der Arbeiterklasse haben: sie wird auch dem Blödesten die Augen öffnen über die bürgerlichen „Freunde“ der Proletariat, sie wird den Haß gegen die Unterdrücker zu hellen Flammen entfachen!

Eine Aussperrung der Schneider wird in Lübeck nicht stattfinden, und zwar deshalb nicht, weil nach Beendigung des Leipziger Schneiderstreiks dieselbe gegenstandslos geworden sein soll. Wenn somit sich die Unternehmerrückwärts hier am Ort auch nicht in ihrer brutalsten Form äußert, so sind doch, nach unseren Informationen, von den Arbeitgebern Maßregeln in Aussicht genommen, die auf eine Vertrimmerung der Gehilfenorganisation hinauslaufen. Wenn dies beginnen auch niemals von Erfolg begleitet sein wird, so ist es doch immerhin notwendig, daß die Gesellen sich eingehend damit beschäftigen. Morgen, Freitag abend, findet im Vereinshaus eine Versammlung der Schneider statt, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Es ist dringend notwendig, daß sich alle Verbandsmitglieder einfinden.

Abendversammlung der Bürgerschaft. Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, den 22. Mai 1905, abends 6 Uhr, im Bürgergeschäftsloale hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilung des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Berührung und Erwerb von Grundstücken durch die Allgemeine Armenanstalt aus Anlaß der Umgestaltung der hiesigen Eisenbahnanlagen. 2. Verlegung der Hauptentwässerungsröhre auf dem Grundstücke des neuen Zentralgefängnisses. 3. Regulierung und Verbreiterung der Straße „Bei St. Johannis.“ 4. Festlegung eines allgemeinen Höhenregulierungsplanes für die innere Stadt. 5. Verlegung eines Gashauptrohrs nach Israelsdorf.

Arbeiterisiko. Dem Schlosser Holz traf gestern ein vom Stiel fliegender Vorhammer so unglücklich vor den Bauch, daß der Betroffene sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Aus dem Gerichtssaal. Eines Sittlichkeitsverbrechens hat sich der Arbeiter S. in Walkendorf schuldig gemacht, gegen den gestern die Strafkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis. — Der Arbeiter L. aus Stadelsdorf soll dem Zimmermeister Lorkuhl eine Kasten-Diebstahl vorbestraft. Obwohl sich nicht mit Sicherheit feststellen ließ, daß der seine Unschuld betonende Angeklagte der Täter gewesen ist, so nahm das Gericht an, daß er mindestens an dem Diebstahl beteiligt gewesen ist und

verurteilt ihn unter Annahme mildernder Umstände zu 4 Monaten Gefängnis.

Der Bürgerausschuß erklärte sich gütlich für die Befreiung der Lazaretttschiffe von Hafengebühren und vom Lossenabgeld. Durch die im Haag vom 12. bis 21. Dezember 1904 abgehaltene internationale Konferenz über die Befreiung der Lazaretttschiffe von Hafengebühren hat, ist vereinbart worden, daß alle Lazaretttschiffe, bei denen die in Artikel 1, 2 und 3 des Haager Abkommens vom 29. Juli 1899, betr. die Anwendung der Grundzüge der Genfer Konvention auf den Seefrieg, aufgestellten Erfordernisse erfüllt sind, nicht nur von den Hafengebühren, sondern auch von den Lossenabgaben befreit sein sollen. Für Lübeck wird es hierzu einer Abänderung der Verordnung vom 20. Januar 1873, die Schiffahrttschiffe betreffend, bedürfen, gegen die nach dem Erachten des Senates keinerlei Bedenken obwalten. Einem Antrage der Reichsregierung Folge gebend, beabsichtigt der Senat, demgemäß den Entwurf eines zehnten Nachtrages zu der Verordnung vom 20. Januar 1873, die Schiffahrttschiffe betreffend, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen. Weiter beschloß der Bürgerausschuß, an den Senat das Ersuchen zu richten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Ergebnisse der in Altona stattfindenden Fischerei-Ausschließungsschlußbringend für die Fischerei verhältnisse des Lübeckischen Freistaates verwerten lassen.

Nach Verteilung des Verteilungsbeschlusses ein nicht zur Geltung gelangter Gläubiger, obwohl er gegen den Teilungsplan seinen Widerspruch erhoben hat, sein besseres Recht auf Zahlung eines zur Geltung gelangten und an einen anderen Gläubiger ausbezahlten Betrages gegen diesen durch Klage geltend machen? Das Reichsgericht bejaht, nach der „Recht. Ztg.“, diese Frage und führt in den Gründen aus, daß sich an den maßgebenden Vorschriften des preussischen Rechts, die in das Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung Eingang gefunden hatten, nichts wesentliches geändert habe. Die in der juristischen Literatur hervorgetretenen gegenteiligen Ansichten seien irrig. Verschieden davon sei aber die erforderliche Frage, ob ein von den Beteiligten bei der Zwangsversteigerung und namentlich in dem Verteilungstermin abgegebenes Anerkenntnis der Geltendmachung eines besseren Rechtes entgegenstehe.

Glücklich gerettet wurde der Deckjunge des Motorbootes „Ludwig“, der in der Nähe der Struckföhre untermerkt von Bord gefallen war. Er hielt sich durch Schwimmen so lange über Wasser, bis es gelang, ihn aufs Trockene zu ziehen.

Der Herr Blumenfeld Wwe. war gestern Abend wieder äußerst zahlreich besucht. Das dürfte nicht in letzter Linie dem Umstande zuschreiben sein, daß im Programm eine große neue Nummer enthalten war, nämlich das Schaulied „Deutsch-Südwestafrika“. Auch derjenige, der wie wir kein Freund von einer ungerechtfertigten Verminderung unserer militärischen Operationen in der südwestafrikanischen Sandwüste ist, wird zugeben müssen, daß die Pantomime ganz nette Szenen, namentlich aus dem Lagerleben, enthält. Auch die Ausstattung ist schön; ebenfalls ein recht exakt ausgeführtes Ballet. Bei den „grausigen“ Kampfszenen, in denen selbstverständlich die Heros besiegt werden, wird das Gefühl des Schmerzes um die „Gefallenen“ wesentlich gemildert durch den vielfach erklindenden Ruf der Kellner: „Hier gefällig?“ In der ersten Abteilung traten wieder unter lebhaftem Beifall die ersten Künstler und Künstlerinnen auf. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die kommenden Vorstellungen sich eines starken Besuches zu erfreuen haben.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 2. Juli 1904 zu Lübeck verstorbenen Restaurateurs J. H. N. Böttger wird, nachdem die Schlussverteilung stattgefunden hat, aufgehoben.

Tod eines Lübecker Matrosen. Laut Nachricht aus Buenos Aires ist der Matrose Diestel aus Lübeck von dem zur Stettiner Kadeerei Kunsmann gehörigen Dampfer „Peruvia“ im Hafen von Buenos Aires über Bord gefallen und ertrunken. Die Leiche wurde in Buenos Aires beerdigt.

Handelsregister. Am 17. Mai 1905 ist eingetragen: 1. bei der Firma Adolph Lööbbecke in Lübeck; die Firma ist erloschen; 2. die Firma Johannes Krellenberg in Lübeck, Inhaber J. A. S. Krellenberg, Kaufmann in Lübeck.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 17. zum 18. d. M. wurden mittelst Einbrechens aus der Räucherammer der Konservenfabrik vorm. D. S. Carstens u. S. etwa 25 Metallstücke gestohlen.

r. Schwartau. Gemeinderatsitzung am Dienstagmorgen 5 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Kanalisation, 2. Erhöhung der Lehrergehälter, 3. Schulkommission, 4. Zeitpunkt der Sitzungen, 5. Geschäftszeit des Gemeindevorsteher. Zu Punkt 1 der Tagesordnung sollten nach 8000 Mk. vom Gemeinderat nachbewilligt werden; 4000 Mk. forderte der Unternehmer Herr Junzen mehr, als die Baukommission berechnet hatte. Die Forderung wurde jedoch abgelehnt und Junzen auf den Klageweg verwiesen. Außer der Anleihe von 35 000 Mk., welche schon erhoben ist, wurden noch weitere 4000 Mk. gefordert. Auch dieses wurde auf Antrag unserer Genossen abgelehnt mit der Begründung, daß so lange uns keine Rechnungen des Unternehmers vorgelegt werden, überhaupt nichts bewilligt wird. Es kommt dann auch noch hinzu, daß noch keine Abrechnung von 1905 dem Gemeinderat unterbreitet worden ist. Bevor jedoch dieses nicht geschehen ist, haben wir überhaupt keine Ursache, weitere Anleihen aufzunehmen. Zu Punkt 2 wurden die Gehälter der männlichen Lehrkräfte nach der Gutiner Skala erhöht. Dieses macht im ganzen etwa 1500 Mark mehr aus und soll zum Teil aus dem Wegfall der Nachlaternen gedeckt werden. In Sachen der Wahl der Schulkommission soll die Regierung eine Entscheidung herbeiführen, nach welchem Gesetz die Wahl zu erfolgen hat. Nach der Gemeindevorstellung sollen alle Kommissionen nach jeder Neuwahl des Gemeinderats gewählt werden, während das Schulgesetz drei Jahre vorschreibt. Zum 9. Punkt wurde beschloßen, beim Ministerium Beschwerde zu führen über das Verhalten des Gemeindevorsteher betreffend Festsetzung der Sitzungen sowie über den mündlichen Beschluß der Regierung. Die Geschäftszeit des Gemeindevorsteher wurde von 4 auf 7 Stunden erhöht. Vormittags von 10-1, nachmittags von 4-7 Uhr. Folgender drastische Zwischenfall spielte sich in der Diskussion über diesen Punkt ab: Der Gemeindevorsteher erklärte, wir sollten doch berücksichtigen, daß sein Posten nur als Nebenamt in Betracht kommt und er doch auch sonst noch recht viele Arbeiten zu erledigen hätte. Prompt wurde ihm erwidert, daß, sobald unsere Wünsche berücksichtigt würden, wir auch bereit wären, seinen Wünschen nachzukommen. Nach Erledigung der Tagesordnung wünschten noch mehrere Genossen das Wort; es wurde ihnen der vorgeschrittenen Zeit halber, denn es war bereits 7 1/2 Uhr, nicht erteilt. Nach vergeb-

lichem Protest hiergegen verließen unsere Genossen gemeinsam die Sitzung. Gewalt geht also vor Recht; nun wir werden es uns merken.

Kleine Chronik der Nachbargemeinde. Aus dem Fenster gestürzt. Von einem schweren Unglücksfall ist gestern nachmittag gegen 5 Uhr die in der Brennerstraße Nr. 15 IV. in Hamburg wohnende Familie Fiegle betroffen worden. Das 2 1/2-jährige Töchterchen der Eheleute war in einem unbewachten Augenblick auf eine aus dem sich öffnenden Fenster auf die Straße hinaus. Das Kind war sofort tot. — Ferner stürzte das 3 1/2-jährige Söhnchen des in der Kirchenstraße Nr. 10 II. in Hamburg wohnenden Arbeiters Legel aus dem Fenster. Das Kind wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft. — Ein Arbeiter in Bremen stürzte seine Frau aus dem dritten Stockwerk, die sofort tot war. Der Mann wurde verhaftet. — Ein verheerender Waldbrand vernichtete, wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, über zwölfhundert Morgen des fiskalischen Forstes bei Gopels in Ostfriesland. — Bei Wildeshausen bei Daimenhorst erschloß der Gärtner Heintze seinen Bruder verheerlich auf der Jagd.

Hamburg. Die Wahlrechtsmustersvorlage wird die Bürgerschaft bereits in ihrer nächsten Sitzung beschließen. Gestern warf die Angelegenheit bereits ihre ersten Schatten in der Bürgerschaft. Der Präsident gab bekannt; Ferner ist eingegangen der Antrag auf Wahlrechtsänderung. — Schweimler (L.) widerspricht dem Vorschlag, nächsten Mittwoch schon darüber zu verhandeln. Bersiehl (B.) bekräftigt den Vorschlag. Stolten (S.) schließt sich Schweimler an; 14 Tage seien mindestens notwendig, die umfangreiche, hochwichtige Vorlage durchzuarbeiten. Präsident Engel bekräftigt nochmals seinen Vorschlag, da noch sehr viel Arbeiten vorlägen. Stad (R.): Die Sache wird gewiß mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen, sie ist sehr interessant. (Veh. Nichterleit b. d. Soz.) Wir können, da wichtigere Dinge nicht vorliegen, gerne in acht Tagen verhandeln. Blindmann (L.): Auch ich bin dafür, in acht Tagen zu verhandeln. (Fischer [S.]: Ja, Sie haben ja schon monatelang darüber beraten! Wenn Sonntag schon in Volksversammlungen darüber verhandelt werden kann, können auch wir es in nächster Sitzung. (Sehr richtig!) Der Gegenstand kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Hamburg. Ausperrung im Schneidergewerbe. Die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes erhielt Mittwoch vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Mitteilung, daß derselbe beschloßen habe, den Arbeitern folgenden Nevers zur Unterzeichnung vorzulegen: „Nevers! Die Unterzeichneten erklären sich hiermit bereit, jede ihnen von ihren Arbeitgebern zugewiesene Arbeit zu übernehmen und anzufertigen.“ Man ist also noch immer der Meinung, daß man die Arbeiter zwingen kann, an ihren eigenen Kollegen zu Verrätern zu werden. Unsere Kollegen werden dieses Schriftstück nicht unterschreiben. Abermals haben einige Arbeitgeber ihre Werkstätten wieder geöffnet ohne die Unterschrift zu verlangen.

Kiel. Ein Schiffsbrand auf hoher See. Durch eine Explosion geriet die Besatzung des Motorschiffes „Alma“, das die Ostsee durchquerte, in Lebensgefahr. Auf hoher See explodierte — wie aus Kiel geschrieben wird — der Motor. Die Flüssigkeit strömte aus und ergoß sich über den Boden des Schiffes. Die „Alma“ brannte im Nu lichterloh. Vergebens bemühte sich die Besatzung, das Feuer zu löschen; die Leute sahen den sicheren Tod vor Augen, als plötzlich ein größerer Segler auftauchte. Es war ein russischer Schoner, der das brennende Schiff sichtete und darauf zukehrte. Im letzten Moment gelang es, die Schiffbrüchigen zu retten. Die „Alma“ brannte völlig aus. Der Schiffskörper ging bis zur Wasserlinie in Flammen auf. Als die Besatzung den Schoner erreicht hatte, stieg von dem brennenden Schiffe eine Rauch- und Dampfhaule auf, und die „Alma“ versank. Das Schiff liegt auf Kriegers-Bach, 14 Seemeilen östlich von Mden.

Kiel. Zweitägiger Ausstand der Kieler Löhrgesellen. Wegen ganz minimaler Differenzen bezüglich der Arbeiten außerhalb des Kieler Polizeirayons war es den hiesigen Töpfern nicht möglich, mit ihren Arbeitgebern rechtzeitig einen neuen Lohnvertrag für den am 15. Mai abgelautenen Tarif zu vereinbaren. Die Gesellen unterbreiteten darauf der Innung den Wunsch, daß der alte Tarif bestehen bliebe. Als bis zum 15. Mai, mittags, eine bindende Antwort nicht eingelaufen war, haben die Gesellen sich genötigt, in den Ausstand zu treten. Gestern morgen ist die Zustimmung der Innung zur Beibehaltung des bisherigen Tarifes eingetroffen. Der Streit hat damit seine Erledigung erfahren.

Flensburg. Eine Vermahlung der streikenden Werftarbeiter der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hat sich mit den von der Zentralkommission getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärt. In der Versammlung wurde mitgeteilt, auf der Schiffswerft würden ungelernete Arbeiter mit 27 bis 28 Pfg. pro Stunde eingestellt, der gelernte Arbeiter mit 28, 29 und 30 Pfg. Demgegenüber betrüge der niedrigste Lohn in Hamburg 34, Bremen 33, Bremerhaven 34, Begefac 35, Emden 33, Kiel 33, Lönning 32, Stettin 32 und Königsberg 31 Pfg. pro Stunde für gelernte Arbeiter.

Schönberg. Das vor mehreren Jahren von einer Gesellschaft auf einer Koppel der Hauswirth Oldenburgers Stelle zu Lüdersdorf mit einem ziemlich Kostenaufwand gegründete Hartsteinwerk, das später wegen Zahlungsschwierigkeiten den Betrieb einstellen mußte und dann in Liquidation geriet, ist jetzt mit sämtlichen Maschinen ufm. öffentlich meistbietend verkauft worden. Am Höchstgebot blieb der frühere Wittinhaber Bouffet aus Lüdersdorf mit etwas über 35 000 Mark. Sobald die Versteigerung erfolgt ist, soll das Werk wieder in Betrieb gesetzt werden.

Lüthjen. Ein Großfeuer wütete, wie wir schon kurz erwähnten, Dienstag in dem nahen Kirchdorfe Alt-Jabel. Etwa um 11 1/2 Uhr mittags entstand in dem Wohnhause der hiesigen Erbpächterin Feuer, wahrscheinlich durch Funken, welche von dem Heißfeuer auf dem Herde durch den Schornstein aus auf die Decke gelangten. Infolge des lebhaften Windes und der Trockenheit der Dächer nahm das Feuer bald größere Dimensionen an. Es ergriff zunächst die etwa 100 Meter entfernte Scheune des Schulzen Künde mit, verbreitete sich von da auf das Gehöft des Erbpächters Fritz Siehl, hier Wohnhaus und Scheune einziehend. Darauf zerstörte es den Katen und dann das Wohnhaus des Erbpächters Schulz. Alle bisher genannten Gebäude waren mit Strohdach versehen. Infolge der großen Hitze wurde dann auch der mit Stein gedeckte Stall des Büdners Jarmer von dem verheerenden Elemente erfaßt und in Asche geleast, während es noch gelang, das auch schon brennende Wohnhaus unter Steinbruch zu retten. Durch die Funken war bald auch der nahe liegende Tannenwald mit ergriffen, von welchem etwa 2 bis 3 Hektar durch das Feuer zerstört sind. Die Verheer-

her Gebäude haben den größten Teil des Mobiliars verloren; das Vieh wurde bis auf 1 Kalb und 2 Ziegen gerettet. Seider sind nur zwei der Geschädigten mit ihrem Mobiliar gegen Feuerfahnen versichert. (W. 3.)

Friedland. In den Streit getreten sind am Montag die hiesigen Maurer. Ihre Forderung, für die Stunde statt 32 Pfg. hinfort 34 Pfg. bei zehntägiger Arbeitszeit zu zahlen, ist von den Meistern abgelehnt worden.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Aus den besten der Welten. Der lungenkranke Mechaniker Rab erschöpfte aus Nahrungs- sorgen gestern seine 31-jährige Tochter Charlotte, ver- letzte seine 14 Monate alte Tochter Johanna und machte dann selbst seinem Leben ein Ende.

Dresden. Verhaftete Falschmünzgerhande. Der Kaufmann Schwed gab in einem hiesigen Hotel falsche Hundertmarkscheine aus. Er wurde ver- haftet. Ein Kriminalbeamter begab sich darauf nach Eis- ersfeld und Weidenau, wo es mit seiner Hilfe glückte, die beiden Missetäter, den Tischler Wölkel aus Eisersfeld und den Lithographen Rott aus Weidenau zu verhaften. Sie haben eingestanden, seit Jahren die Rheinlande und ganz Westdeutschland mit falschen Hun- dertmarkscheinen überschwemmt zu haben. Rott hat 500 Stück falsche Hundertmarkscheine kurz vor seiner Verhaftung noch vernichten können.

Hannover. Familiendrama. Gestern mittag wurde der Kaufmann Schreiber, der sich in der Frühe mit seinen beiden Kindern im Alter von 4 resp. 1 1/2 Jahren nach Wunsdorf begeben hatte, in einem Gehölz bei Wunsdorf aufgefunden. Die beiden Kinder waren tot. Schreiber hatte sich mit Opium vergiftet. Er wurde in das städtische Krankenhaus geschafft, wo man an seinem Aufkommen zweifelt. Die Ursache zu der unglücklichen Tat dürfte Schmerz sein.

Kassel. Ein Großfeuer löschte in Romberg zehn Gebäude nebst allen Vorräten ein. Ein Feuer- wehrmann wurde dabei schwer verletzt.

Winden i. Westf. Ein Schweinigel. Seit einigen Tagen ist der Taubstummenlehrer Frahn

aus der Taubstummenanstalt in Petershagen spurlos verschwunden. Wie sich jetzt herausstellt, hat er sich verschiedene Sittlichkeitsverbrechen an taub- stummen Kindern zu schulden kommen lassen.

Essen. Aus einer kleinen Bank. In einem Bochumer kleineren Bankinstitut wurden jahrelang zurück- liegende Unterschlüsse in Höhe von 114000 Mark entdeckt. Der Leiter, der frühere Bankvorsteher, ist inzwischen verstorben. Die unterschlagene Summe ist von der Familie ersetzt.

Mühlhausen. Netter Arzt. Die hiesige Strafkam- mer verurteilte den praktischen Arzt Dr. Wieger wegen Betruges und Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Sich selbst verbrannt. Im Gouvernement Taurien (Rußland) hat sich dieser Tage eine Frau selbst verbrannt. Sie spreizte sich in ihrem Zimmer ein, um sich mit Sieb und zündete dieses dann an. Die Feuer ergriff bald die Frau, und auf ihr Geschrei eilten die Nachbarn herbei, die sie nach dem nächsten Bazarort brachten. Hier starb sie bald darauf unter schrecklichen Qualen. Man glaubt, daß die Frau ihre unglückliche Tat in einem Anfall von religiösem Wahnsinn verübt hat.

Die Predigt des Wahnsinnigen. Aus Orient wird berichtet: Als am letzten Sonntag in der hiesigen Domkirche zahlreiche Besucher versammelt waren, bestieg ein elegant gekleideter Mann die Kanzel und begann lebhaft zu gestikulieren und zu predigen. Er sprach von den Kreuzzügen und forderte die Zuhörer auf, sich zum Kampfe gegen die Hellen zu rüsten. Bald erkannte man, daß der Redner geisteskrank sei, und es entstand eine große Aufregung unter der Menge. Den Kirchendienst, der ihn herunterholen wollte, warf der Wahnsinnige mit solcher Wucht gegen die Kanzel, daß er bestunntungslos liegen blieb. Hierauf begaben sich fünf Soldaten auf die Kanzel und zerrten den unglücklichen Prediger herunter. Zwischen war auch die Polizei eingetroffen. Der Kranke leistete aber heftigen Wider-

stand. Durch das Geschrei und die Stürme erschreckt flüchteten die Frauen aus der Kirche. Es entstand ein furchtbarer Panik, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden.

Briefkasten.

E. W., Malente. Am 28. bin ich bereits nach Schwartau verfaßt, vielleicht geht es 8 Tage später? Er- warte Bescheid. St.

Schweizer Marktpreise vom 17. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,10 Mt., **Weierei-Butter** Pfd. 1,20 Mt., **Galen Eid** — Mt., **Enten Eid** 4,00 Mt., **Hühner Eid** 2.— Mt., **Kühen Eid** — Mt., **Tauben Eid** 0,55 Mt., **Gänse Pfd.** — Mt., **Flüdgans** — Mt., **Schweinefleisch** Pfd. 0,45 Mt., **Schinken** Pfd. 0,95 Mt., **Wurst** Pfd. 1,20 Mt., **Gier 11 Stk.** 60 Pfg., **Karpfen** Pfd. 1,00 Pfg., **Ger. Lachs** Pfd. 1—2,40 Mt., **Karoufen** Pfd. 80 Pfg., **Geh. Pfd.** 70 Pfg., **Bariche** Pfd. 70 Pfg., **Sal Pfd.** 0,90 Mt., **Apfel, beste Grauensteiner** 100 Pfd. — Mt., **Konnen** 100 Pfd. 100 Pfd. — Mt., **andere Sorten** 100 Pfd. — Mt., **Plagmen** 100 Pfd. 9,00 Mt., **Kartoffeln, beste frana.** 200 Pfd. 9,50 Mt., **per 10 Liter** 70 Pfg., **magnun bonum** 200 Pfd. 6,50 Mt., **Kartoffeln** 10 Liter 60 Pfg.

Ämtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. **Südbad, 17. Mai.**
Weizen, 126—132 Pfund holl., 166—170,00 Mt. Roggen, 120—126 Pfund holl., 140—148 Mt. Hafer, je nach Qualität, 140—145 Mt. Gerste, je nach Qualität, 150—160 Mt.

Stettin- und Westpreuss.

Hamburg, 17. Mai
Der Schweinehandel verlief ruhig. **Bugelohr** wurden: 626 Stück, Preis: Seigrid weine — Mt., **Perlschweine**, schwere 61—62 Mt., leichte 61—62 Mt., **Sauen** 55—58 Mt. und **Ferkel** 56—60 P. l. pro 100 Pfund.

Danksagung.

Für bewiesene zahlreiche Teilnahme u. Kranz- spenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Bruders Ignatz sage hiermit allen Beteiligten, seinen Herren Chefs von der Brauerei Walfmühle, sowie seinen Mitarbeitern, besonders dem Zentral-Verband Deutscher Brauereiarbeiter, Bahnhalle Lübeck, herzlichsten Dank.

Johannes Dobmayer.

Bruchfürstenseide (Bayern).

Frau Krüger in Stodfeldsdorf ein donnerndes Hoch zu ihrem heutigen Wiegenfeste.

Man rate mal.

Eine freundliche zweite Etage mit Zu- behör zum 1. Juli zu vermieten

Steinradweg 80 c

Eine junge Frau wünscht einige halbe Tage Beschäftigung in Waschen

Obertrabe 87 2

Eine Büchsenzieherin

per sofort gesucht in dauernde Beschäftigung.

E. Haase, Büchsenfabrikant, Steinradweg 80 c.

Verloren am 11. Mai von der Johannis- straße über Hüterdamm nach der Blücherstraße ein goldener Kneifer. Abzug.

Blücherstraße 16, 11

Wohne jetzt: Tünkenhaagen 3.

Ernst Tech, Töpfer.

Täglich

frische Eier

100 Stück 5.— Mt.

24 " 1.20 "

empfehlst

Spethmann & Fischer

Bekergarbe 59. Telephon 102.

Eimerbier

jeden Mittwoch und jeden Sonnabend bei

Nickels, Wahnstraße 31.

Allerf. Magnum bonum-Kartoffeln

Faß 40 Pfg.

Heinrich Vollert, Glockengießstr. 13 b.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck **Otto Albers** Kahlm. 10.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Ver- arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Leberhosen 1,50—6,45

Mauerhosen 2,50—6,75

Schloßhosen 1,85—5,25

Leberziehhosen 0,85—2,35

Zwirn-Hosen 1,35—3,25

leimene Jacken, schräge und gerade, 1,23

Kajen, Hemden, Schlaghosen, Feinrocken, Waler-Büchel ersamlich billig.

Kragen von 30 Pfg bis 1,88 Mt.

213. Königl. Preußische Klassen-Lotterie.

Ziehungen 5 Klassen Juli bis November 1905.

Einslage für jede Klasse

40 Mk. 1/2 20 Mk. 1/4 10 Mk. 1/5 5 Mk. 1/10 4 Mk.

Bestellungen nimmt entgegen

C. Bischof, Lübeck, Fischstraße 34.

Königl. Preussischer Einnehmer.

Die Lose können vom 20. Mai ab Fischstraße 34 abgeholt werden.

Gr. Zirkus E. Blumenfeld Wwe.

aus Gühran.

Lübeck-Burgfeld.

Freitag, den 19. Mai, bis inkl. Sonntag, den 21. Mai:

Große Vorstellungen.

Deutsch-Südwest-Afrika.

Ganz ausgezeichnetes Manganeschaustück von 140 mitwirkenden Personen, 2 Musikkorps, Ballett- und Damen-Offizier-Quadrillen, Gesetzt und Befolgung durch den ganzen Zirkus, die Erstürmung einer 20 Fuß hohen Eisenwand, große Apothose u. s. w.

Sonnabend nachmittag 4 Uhr:

Letzte grosse Schüler-Vorstellung.

Sonntag, den 21. Mai:

2 letzte Vorstellungen.

Hochachtungsvoll Die Direktoren Gebr. Blumenfeld.

Billetvorverkauf bei Herrn Friedrich Nagel, am Markt 14.



Zweiter Band der „Kulturbilder“.

Die Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher.

Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.

Jede Woche erscheint ein Heft.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Tapeten u. Borden

Sehr große Auswahl.

Billige Preise.

J. Moll, Reiferstr., Ecke Adlerstr.

Streichfert. Delfarben

genau nach vorgelegtem Muster herzustellen, empfiehlt

J. Moll, Reiferstr., Ecke Adlerstr.

Ortskrankenkasse

in Lübeck.

Herr Zahnarzt E. Studt, Breitestr. 81, l., ist als Kassenaar zugelassen worden.

Südbad, den 16. Mai 1905.

Der Vorstand.

Arbeiter-Badsfahr.-Verein Lübeck.

Gegründet 1894.

Tour nach Billwärder
am 21. Mai. Abfahrt 4 Uhr morgens vom Lindenplatz.

Der Vorstand.

Empfehle mich zu allen Arbeiten. Uebernahme von Neubauten. Ladengeschäft. Grüne Rabattmarken.

K. Behrens, Klempner und Installateur
31 Glockengießstraße 31

Schwartau u. Umgeg.

Oeffentliche Volks-Versammlung

Sonntag den 21. Mai 1905

abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Stornberg in Rensefeld.

Vortrag des Gen. A. Neumann-Hamburg: **Alkoholfrage u. Arbeiterbewegung**

Diskussion. Freie Aussprache. Um recht zahlreiches Erscheinen erucht

Der Einberufer.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Ausserordentliche

Mitgliederversammlung

am Freitag den 19. Mai

abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannistr. 20/21

Tages-Ordnung:

1. Die Situation in unserm Gewerbe und die Absichten des Arbeitgeberverbandes.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Ausserordentliche

Mitgliederversammlung

am Freitag den 19. Mai 1905.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand

Stadt-Halle.

Freitag: Abonnements-Vorstellung 12. Zum vorletzten Male:

Kettenglieder.

Ein frühliches Spiel am hiesigen Herd in 4 Akten von Herrn Feyermann.

Anfang 7 1/2 Uhr. Son 7 Uhr: Konzert.

Sonnabend: Kabale und Liebe.

Die Vernichtung einer Geschichtslüge.

In der bürgerlichen Presse aller Schattierungen, vom „Reichsboten“ bis zur „Frankfurter Zeitung“, wird ein laieses Wohlgefallen an der Kaiserfeier, der sonst gern eine klar und schärf abgegrenzte Stellung zu bewegenden Tagesfragen einzunehmen pflegt, sich gegenüber der Schillerfeier gänzlich teilnahmslos verhalten haben. Er besand sich am 9. Mai in Stralsburg, wo er eine Parade abhielt, zur selben Zeit, als die Schillerfeier in der dortigen Unterbesatzung stattfand, zu der ihn der Statthalter des Reichslandes eingeladen hatte.

Die bürgerliche Presse sieht darin eine schweigende Mißbilligung der Schillerfeier durch den Kaiser, wobei es sich durch die Umstände erklärt, daß sie ihre Mißbilligung dieser Mißbilligung auch wehr schweigend als lebend kundgibt. Wir machen ihr daraus angesichts der Majestätsbeleidigungsparagraphen nicht den geringsten Vorwurf und wissen sogar von ihrem Standpunkt aus ihre Schmerzen zu würdigen. Von unserem Standpunkt aus können wir uns offenbar über die Stellung des Kaisers zur Schillerfeier ausdrücken, da wir in der Lage sind, uns außerordentlich über sie zu freuen und ohne jeden Hintergedanken das große wissenschaftliche Verdienst anzuerkennen, das sich der Kaiser erworben hat, indem er die Einladung zur Schillerfeier nicht annahm, sondern zu gleicher Zeit eine Parade abhielt.

Wir sagen: ein großes wissenschaftliches Verdienst, denn durch seine Haltung gegenüber der Schillerfeier schlug der Kaiser eine der freiesten Geschichtslügen aufs Haupt, jene Geschichtslüge, auf der zum Beispiel das große fünfbüdige Werk Treitschkes über die Deutsche Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts beruht. Danach ist das neue deutsche Reich, wie es in den Jahren 1866 und 1870/71 durch Blut und Eisen hergestellt wurde, aus dem Bunde unserer klassischen Literatur mit der hohenzollernisch-preussischen Monarchie entstanden. Lessing und seine Genossen auf der einen, der alte Feind und seine Nachfolger auf der andern Seite, so sehen die Türhüter des Einheits- und Freiheitstempels aus, in dem die Nation nach langen Irrewegen endlich gelangt ist. Diese Legende ist bis zur Bewußtlosigkeit totgepeitscht worden von unzähligen gutgesinnten Historikern, von denen wir nur Treitschke nennen, weil er schließlich noch der geistreichste und unterrichtete von der ganzen Gesellschaft war.

Der Kaiser hat nun an diesem 9. Mai dies ganze Legendengebäude mit einem kräftigen Griff zerrissen. Man braucht nicht der byzantinischen Ansicht zu huldigen, daß der Kaiser, weil er sich für historische Fragen interessierte, deshalb schon ein großer Historiker sei. Allein so viel wird ihm niemand abstreiten können, daß er über die Geschichte und die Traditionen seines Hauses gut unterrichtet ist. Das gehört sozusagen zu seinem monarchischen Handwerk, und es ist sicherlich nur im höchsten Grade zu billigen, wenn der Kaiser zwar davon absteht, die nationale Schillerfeier durch ein tadelndes Wort zu stören, aber durch ein bereites Schweigen die Geschichte und die Ueberlieferungen seines Hauses ehrt. Er denkt darin klarer und konsequenter, als selbst sein Großvater, der im allgemeinen ja auch gewiß nicht den Vorwurf verdient, aus seinem Herzen eine Würdegrube gemacht zu haben. Immerhin so ablehnend Wilhelm I. auf die Schillerfeier des Jahres 1869 als auf einen „Baalsdienst“ blickte, so glaubte er doch der damaligen nationalen Strömung ein Zugeständnis machen zu müssen, und stiftete den Schillerpreis, dessen tragikomische Geschichte denn freilich bewiesen hat, daß diese Verehrung eines Hohenzollern für Schiller nicht unzerstört war. Da ist es vorzuziehen, wenn der gegenwärtige Kaiser durch seine Haltung am 9. Mai kurzweg erklärte: Die Hohenzollern haben mit Schiller nie etwas zu tun gehabt, und sie haben deshalb durchaus keinen Anlaß zu ihm Gedanken zu setzen.

In der Tat, so ist es und man kann die Geschichte der Hohenzollern mit dem Mikroskop durchforschen, ohne eine

Spur Schillerischen Geistes oder überhaupt eine Spur vom Geiste unserer klassischen Literatur zu entdecken. Das ist kein Tadel für die Hohenzollern, denn die Interessen eines Dynastengeschlechts sind allein auf die Beherrschung der Massen gerichtet — womit nicht bestritten, sondern vielmehr schon eingeräumt ist, daß sie in dieser Beherrschung der Massen eben das wahre Bild der Massen sehen — haben also nichts mit den Zwecken bürgerlicher und menschlicher Aufklärung zu tun, denen Schiller sein arbeitsvolles Leben gewidmet hat.

Es ist nun einmal so und kann nach der Natur der menschlichen Dinge nicht anders sein, daß aufgeklärte Massen niemals ihr wahres Bild darin erblicken werden, von einem einzelnen Geschlecht beherrscht zu werden. Wer sich für unabhängig hält und fähig, seine eigenen Angelegenheiten auch selbst zu ordnen, wird niemals einen fremden Willen über sich schalten sehen ohne den Wunsch, sich diesem fremden Willen zu entziehen, indem er ihn so oder so ausschaltet. Diesen sehr einfachen und klaren Sachverhalt haben die Ideologen der Bourgeoisie, die ebenfalls das lebhafteste Interesse an der Beherrschung der Massen besitzt und von ihrem Standpunkt aus auch besitzen muß, aber durch ihre historische Lage gezwungen ist, dies Interesse möglichst zu vertuschen, das Märchen von dem Bunde zwischen der Hohenzollernmonarchie und unserer klassischen Literatur erfunden, das nunmehr der Kaiser in so dankenswerter Weise vernichtet hat.

Daß dabei einige tausend Festartikel und Festreden, die zum 9. Mai verbrochen wurden, nun auch Obden gehen, braucht uns nicht zu bekümmern. Durch diese Matulatur wurde Schillers historische Stellung ebenso verdunkelt, wie sie durch das bereite Schweigen des Kaisers erhellt wird. Niemals hat der Kaiser wirkungsvoller gesprochen, als diesmal, wo er schwieg, und wir hoffen, daß sie den Massen in anregender und widerender Erinnerung bleiben wird, diese Abgabe der Hohenzollernmonarchie an den Denker und Dichter Schiller.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der große Schneiderstreik in Leipzig ist nach achtwöchiger Dauer beendet. — Die Nürnberger Schneider wollten am Dienstag, nachdem die Leipziger Angelegenheit erledigt ist, die Arbeit wieder aufnehmen, die Unternehmer weigerten sich aber, die Arbeit beginnen zu lassen, somit ist aus dem Streik eine Absperrung geworden. — Streik der Berliner Stultateure. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stultateure wurde am 15. Mai in geheimer Abstimmung mit 961 gegen nur 39 Stimmen beschlossen, am Dienstag, den 16. Mai, in den Streik einzutreten. Dieses letzte Mittel der Gehilfenkassier war notwendig geworden, da die Unternehmer die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht monatelang hinschleppten und nicht den ernsthaften Willen zeigten, mit den Gehilfen einen annehmbaren Tarifvertrag abzuschließen. Die lokalorganisierten Stultateure schloßen sich dem Streik an. In alle Stultateure ergeht die Aufforderung, ihr Augenmerk auf die Fernhaltung des Bezuges zu richten. Die Streiks der Mannheimer, Ludwigschaffener und Frankfurter Stultateure dauern fort. Auch in München ist es noch zu keinem Vertragsabschluss gekommen. In Komotau (Böhmen) dauert der Streik fort. In Wien ist es zum ersten Male zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen, doch weigern sich noch einige Firmen, den Vertrag zu unterzeichnen. Die Fernhaltung des Bezuges nach Wien ist deshalb ebenfalls geboten. Außer von obigen Städten ist Bezug fernzuhalten von Bromberg, Duisburg, Ham, Dsnabrad, Stockholm und Teplitz.

Vom Arbeitwilligenschutz. Man schreibt aus

Halle: Ein kaum faßliches Urteil fällt die Strafkammer in der Sache des Rüsthergehilfen Richard Gehler auf. Gehler, der wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Mithilfe angeklagt war, Gehler wurde beschuldigt, gelegentlich des Streiks bei der Firma Schuster v. Söhne in Schandig eines Abends zu dem Arbeiter Billig, der während des Streiks bei der Firma in Arbeit getreten war, auf der Straße gesagt zu haben, Billig möge nicht weiter arbeiten, denn es wäre möglich, daß er, wenn er doch weiter arbeite, einmal den „Wasch“ voll bekommen könnte. Der Arbeitwillige erklärte auf Fragen des Verteidigers von Gehler, er habe keineswegs seitens des Angeklagten eine Gewalttat befürchtet; jene Äußerung habe er nur als eine wohlwollende Warnung aufgefaßt, weshalb er auch bald darauf die Arbeit niedergelegt habe. Der Staatsanwalt faßte die Warnung als Drohung auf, sprach vom Arbeitwilligenschutz und Terrorismus und beantragte gegen Gehler 1 Monat Gefängnis. Der Verteidiger hielt eine Verurteilung für ausgeschlossen. Das Gericht faßte die Äußerung als Warnung und als Drohung auf und verurteilte Gehler zu 2 Wochen Gefängnis.

Saarabien vor Gericht. Montag morgen 9 Uhr begann in Trier der Prozeß Hilger gegen Krämer. Das Reichsgericht hat bekanntlich das im vorigen Jahre von der Strafkammer in Saarbrücken gefällte Urteil von 3 Monaten Gefängnis aufgehoben und die Sache zu abermaliger Verhandlung an das Landgericht in Trier verwiesen. Gehelmer Berggrat Hilger ist eigens aus Obereschleien erschienen als Nebenkläger. Den Angeklagten vertritt wieder Rechtsanwalt Heine-Berlin. Als Sachverständiger fungiert Berggrat Kayser. Die Presse ist stark vertreten. 25 Zeugen sind geladen und erschienen, darunter katholische Geistliche und Grubenbeamte. Nach Feststellung der Personalien Krämers — 18 Jahre fiskalisches Bergmann gewesen, nicht vorbestraft, wegen Besuch einer Bergarbeiterversammlung gemahregelt — werden die Anklage und die zwei inkriminierten Flugblätter verlesen, durch die sich Hilger beleidigt fühlte. Dazu gibt Krämer an, er habe nur die Saarberaleute zur Benutzung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte aufzufordern wollen. Vorsitzender stellt durch Befragen fest, daß Angeklagter Beauftragter des Bergarbeiterverbandes war, und jetzt noch dem Knappschafstverein angehört, so daß er glaubte, in Wahrung berechtigter Interessen zu handeln. Hilger und Rechtsanwalt Casper wollen konstatieren, der Bergarbeiterverband sei sozialdemokratisch. Krämer erwiderte darauf, unser Verband ist so wenig sozialdemokratisch, wie die fiskalische Bergwerksverwaltung nationalliberal ist. Nunmehr wiederholte sich die Auseinandersetzung über Löhne und Bestellungen und Unfälle der Saarbergleute und über die Ueberschüsse des Fiskus. Berggrat Kayser vertrat die Ansicht, es sei besser ein langsam steigender Lohn ohne Rücksicht auf die Ueberschüsse, und behauptete weiter, die Lohnentwicklung sei für die Arbeiter förderlich gewesen. Demgegenüber weist Rechtsanwalt Heine schlagend nach, daß die Angaben Krämers über Löhne und Ueberschüsse durchaus richtig seien. Die Gegenpartei mußte das zugeben. Hilger erläuterte darauf die fiskalische Verwaltungspreis, wozu er charakteristischweise das militärische System als Beispiel benutzte. Auch lobte er wieder die Arbeiterauschüsse und ihre Befugnis zur Bergkontrolle. Die Nachmittagsitzung gestaltete sich schon zu einer hitzigen Wortlektion über saarabische Kulturzustände. Bergmann Ruffing bezeugt, ihn habe Steiger Wagner wegen Besuch einer Zentrumsversammlung mit wirtschaftlicher Schädigung bedroht. Zeuge ist auch auf eine unglücklichere Arbeit verlegt worden. Er hätte aus der Patzche herauskommen können, wenn er öffentlich nationalliberale Gesinnungen bekundet. Steiger Wagner gibt das zu. Der Zeuge sagt auch, daß er tüchtigen Arbeitern (d. h. im Sinne Wagner's nationalliberale) gute Arbeit gebe. Der Gericht

Der Einzügige.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Das sind vermutlich die Initialen seines Namens — aber aber die des wirklichen Besitzers, für den Fall der Gut nicht sein rechtmäßiges Eigentum darstellt,“ meinte der Doktor.

„Möglich,“ antwortete Gering, „aber ich glaube es nicht. Ein problematisches Sulzli wie Morelly hängt seinen Namen nicht an die große Glocke — nein, die Buchstaben müssen eine andere Bedeutung besitzen. C. W. 5. D. O. R. Seltsam!“

„Sie erröten den Sinn nicht?“

Der Detektiv zuckte die Achseln.

„Ich müßte nicht, was die Buchstaben — hm, vielleicht verbringt sich irgend eine Adresse dahinter?“

„Wer weiß?“

„Nun, wir wollen sehen. Auf alle Fälle will ich mir die Signatur ad notam nehmen,“ brummte Gering, worauf er die Zeichen sorgsam in sein Notizbuch eintrug.

„Begleiten Sie mich jetzt zum Staatsanwalt,“ forderte Lorenz den Branten auf, „wir wollen ihm die endgültigen Beweise vom Leben und Sein der uferidischen Persönlichkeit übermitteln, an deren Existenz er noch immer nicht recht zu glauben mag. Vorher nur noch einen Augenblick Geduld, ich will meiner Schwester in Kürze über das Ergebnis unserer Mission Bericht erstatten — sie erwartet gewiß mit febrilender Ungeduld meine Botschaft.“

Staatsanwalt Schubert rief den Anklämungen schon von weitem die Frage entgegen: „Nun, ist's geglikt?“

„Der Kapitän Morelly ist nicht zum Rendezvous erschienen?“

„Ja —“

„Er ist wirklich gekommen?“ Der Staatsanwalt stand erregt von seinem Stuhl auf. „Und Sie haben sich ihn entschlipfen lassen?“

„Die Terrainverhältnisse waren die denkbar ungünstigsten,“ meinte der Detektiv entschuldigend. „Etwas von ihm haben wir aber doch, nämlich den Hut und Mantel.“

„Erzählen Sie doch, Herr Kollege,“ drängte der Staatsanwalt. „Sie spannen mich auf die Folter.“

Lorenz Altnier entsprach bereitwillig dem Wunsch des Untersuchungsbeamten. Er berichtete nicht nur den Verlauf ihres Abenteuers, sondern auch die Entdeckung der Ziffern im Hute und ihr Vorhaben für die heutige Nacht.

„Bravo, bravo,“ rief der Staatsanwalt. „Und Sie, Gering, haben den Morelly wirklich gesehen? Aug' in Auge ihm gegenüber gestanden?“

„Sowohl, Herr Staatsanwalt.“

„Können Sie nicht irren — unter keinen Umständen?“

„Unter keinen Umständen.“

„Er hat wirklich nur ein Auge?“

„Nur eins — und mit dem Warte stimmt es auch.“

„Und Sie glauben, dieser Einzügige könnte mit dem Schauspielerei identisch sein?“

Der Rechtsanwalt zuckte die Achseln.

„Noch ist mir nicht klar, in welcher Weise ein Mensch eine so seltsame Bekleidung bewerkstelligen könnte, aber ich hege begründeten Verdacht.“

Der Staatsanwalt dachte einige Augenblicke nach. Dann sagte er: „Ich billige völlig Ihre Maßnahmen, Herr Kollege. Das Dasein Morelly's wäre also endgültig nachgewiesen und damit die Beschuldigung des Schloßers in der Hauptsache entkräftet. Ihr Klient ist aber trotzdem noch nicht entlastet. Selbst wenn wir allen Zeugen den Glauben

betretasche in die Wagschale, sowie die anderen Zeichen bekannten Verdachtgründe.“

„Für mich besteht kein Zweifel mehr, daß Morelly entweder der Mörder ist oder im Auftrage des Mörders handelt. Das letztere erscheint mir noch natürlicher — er macht große Versprechungen und wirft mit Geld um sich — das läßt auf einen Hintermann schließen.“

„Und wer soll der Hintermann sein?“

„Ich weiß es nicht. Sorgen wir vor allem dafür, Morelly in die Hände zu bekommen.“

„Sie haben recht. Und ich will mich bemühen, Ihre Entscheidung auszunutzen. In erster Linie werde ich sofort die Frau Koller verhaften lassen.“

„Vielleicht geschieht sie etwas.“

„D, sie ist eine hartgefottene Sünderin, aber der Versuch muß gemacht werden. Vielleicht, wenn sie einsteht, daß die Intrigue gescheitert und für sie nichts herauszuschlagen ist, geschieht sie aus Klugheit, sonst ließe sie sich, glaube ich, lieber totschlagen. Außerdem will ich noch einmal den Handarbeiter Walling vornehmen, von ihm hoffe ich herauszubekommen, ob er von dem Kapitän befohlen worden ist.“

„Wäre es nicht angezeigt, auch den Schloßer selbst noch einem Verhör zu unterziehen? Wenn Sie ihm vorstellen, daß alles verraten ist, gibt er vielleicht sein Spiel verloren.“

„Selbstverständlich werde ich auch ihn vornehmen — apropos, Herr Doktor, ich habe heute Morgen den Einbrecher in eine andere Rolle schafften lassen. In eine solche mit Oberlicht, um dadurch zu verhindern, daß sich seine Frau mit ihm in Verbindung setzen kann, für den Fall sie eine Bottschaft Morelly's zu übermitteln hat.“

„Eine höchst dankenswerte Maßregel.“

„In seiner Rolle hält sich ein Aufseher auf, um genau aufzufassen, ob irgend ein Unversierungsversuch unternommen

vorsitzende spricht seine Verwunderung darüber aus, daß sich ein Steiger um die politische Gesinnung seiner Arbeiter kümmert. Das muß doch von den Arbeitern als eine politische Beeinflussung empfunden werden. — Bergmann schlägt bestätigt: Aufstags-Ausgabe und erzählt, der Steiger sei gegen die Ausdehnung der Herrschaft des Papstes Pastor Müller bekundet eine systematische Kontrolle der Vergleiche bei der Reichstagswahl. Die Wähler hätten tatsächlich kein geheimes Wahlrecht gehabt, auch habe man gedröhrt, wenn Preys nicht durchläme, hätten die Arbeiter Schaden. Auf Rechtsanwält Tiers Frage, wie Preys annehmen könne, daß eine Strafverfolgung wegen der Wahlen stattgefunden habe, da diese doch Monate lang vorher war, antwortete der Geistliche: So dumme ist man nicht, die Leute sofort zu verlegen. Ein anderer Zeuge sagt, es seien eine Anzahl geschriebener Zettel für Preys in der Urne gewesen, die der Steiger Herr aufmerksam betrachtete und ein hinter ihm stehender Grubenbeamter ausforsterte. Zeuge hat den Eindruck gewonnen, daß die betreffenden Zettel ausgegeben sind mit besonderen Kennzeichen an spezielle Arbeiter, um deren Festsetzung zu erforschen. Dem Zeitungsbote Dedam, dem der Schlafhausmeister Bremer das Kopieren in den Schlafhäusern verbot, ist infolgedessen im Schlafhause die Wohnung gekündigt, weil er einige Zentrumszettel auf Verlangen an Hausbesitzer verteilte. Auf Vorhalten des Rechtsanwalts Heine gibt er zu, daß er für sich das Recht beanspruche, die Privatlektüre der Schlafhausbewohner zu regeln. Durch viele Kreuz- und Querfragen stellt Rechtsanwält Heine fest, daß auch der Subalternbeamte Krämer Anordnungen über die politische Betätigung seiner Untergebenen erläßt. Bei diesem Intermezzo wurde die väterliche Bergbehörde der fiktionalen Verwaltung so bloßgestellt, daß wiederholt das Auditorium seine Heiterkeit nicht zu unterdrücken vermochte. Wäcker Ton u. a. angeschlagen wird, bezeugte ein Bergmann, dem der Besitzer Bremer sagte: Kerl, Du läßt wie katholische Pfaffen! Bremer gibt das zu. Er ist auch amtlich rektifiziert worden, blieb aber im Amte, während Arbeiter wegen respektlosen Benehmens entlassen werden. Der Eindruck des ersten Tages ist ein so ungünstiger für die Anklage, daß allgemein von einer Niederlage des saarabischen Systems gesprochen wird.

Der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker veröffentlicht den Jahresbericht für 1904. Die Zahl der Verbandsmitglieder stieg in den letzten 10 Jahren von 20 510 auf 40 580, im Jahre 1904 um 3238 Personen, die Zahl der Druckorte, in denen Mitglieder beschäftigt sind, in den letzten 10 Jahren von 837 auf 1243. Während im Jahre 1886 bei 18 800 Gehilfen 6700 Sechslinge beschäftigt wurden, betrug deren Zahl im Jahre 1894 8000 bei 35 000 Gehilfen und im Jahre 1903 standen rund 40 000 Gehilfen 9222 Sechslinge gegenüber. In der Verbandsbuchführung betragen im Jahre 1904 die Gesamteinnahmen 2 262 806 M., die Gesamtausgaben 1 834 823 M. und der Ueberschuß 427 983 M., in den letzten 10 Jahren nahm die Hauptklasse 15 836 814 M. ein und 12 540 361 M. gab sie aus, so daß ein Ueberschuß von 3 296 452 M. erzielt wurde. Im Jahre 1904 wurden u. a. ausgegeben für Reiseunterstützung 193 627 M., für Arbeitslosenunterstützung 514 401 M., für Krankenunterstützung 674 736 M., für Invalidenunterstützung 191 509 M. usw. In den letzten 10 Jahren sind aus der Hauptklasse des Verbandes und an Unterstützungen für andere Arbeiter aus Mitgliederkreisen rund 14 Millionen M. verausgabt worden. Dazu kommen noch die Zuschüsse aus der Gau- und Ortsklassen zu den einzelnen Unterstützungs-zweigen mit 4 Millionen M. Der Kassenbestand in der Hauptklasse betrug am 31. März 1905 3 855 993 M. Die Zentral-Invalidenkasse in Bq. hat bei 111 Invaliden ein Vermögen von 518 020 M.

9. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer. Dieselbe begann am Sonntag mit einer Begrüßung und Festsetzung der Tagesordnung. Am Montag wurde in die eigentliche Verhandlung eingetreten. Anwesend sind 28 Delegierte, drei Vertreter des Hauptvorstandes, ein Vertreter der Kontrollkommission und Kube für die Generalkommission. Den Vorstandsbericht ergänzt Müller-Hamburg, der zugleich als Kassierer fungiert. Er konstatiert, daß der Verband finanziell gefestigt sei und sein Vermögen fast verdoppelt habe. Da jetzt eine bessere Kon-

junktion einsetze, sei weitere Hebung der Organisation zu erwarten, was sich schon in dem recht günstigen Verlaufe der Lohnbewegung dokumentiere. Redner geht dann auf die Differenzen mit dem Verstarbeiterverband ein. Dem Vorstands wird Decharge erteilt. An den von Krüger-Hamburg erstatteten Bericht der Kontrollkommission knüpft sich eine lange, lebhaft debattierte, welche sich um die mit dem Verstarbeiterverband entstandenen Zwistigkeiten und die daraus resultierenden Streitigkeiten zwischen dem Zentralvorstand und der hiesigen Willhelmsbuden dreht. Die ganze Materie wird schließlich einer Kommission zur Prüfung über-wiesen.

10. Generalversammlung des Verbandes der Wäcker in München. Am Montag trat die Generalversammlung in die Beratung der Tagesordnung ein, die, nach der Wahl des Bureaus und der verschiedenen Kommissionen, folgendermaßen festgesetzt wird: 1. Berichterstattung über die verlossene Geschäftsperiode. 2. Bericht der Revisoren. 3. Statistik bei Lohnbewegungen und Streiks. 4. Innerer Ausbau der Organisation. 5. Der Gewerkschaftskongress in Köln. 6. Erledigung gestellter Anträge zum Statut und sonstiger die Organisation betreffenden Fragen. Dem Rechnungsbericht des Vorstandes sind folgende allgemeine Punkte zu entnehmen: Die bedeutenden, zur ersprießlichen Weiterentwicklung des Zentralvereins grundlegenden Beschlüsse der Generalversammlung zu Braunschweig haben es bewirkt, daß die Organisation ersichtlich nach innen und außen sich weiter entwickeln konnte. Dieses günstige Resultat ist um so beachtenswerter, als beim Ausbau der Unterstützungsanstaltungen von verschiedenen Seiten der Anschauung Ausdruck gegeben wurde, erhöhte Beiträge seien dazu angehen, eine Abnahme von Mitgliedern herbeizuführen, und die Arbeitslosenunterstützung sei geeignet, den Kampfscharakter der Organisation zu beeinträchtigen. Das Gegenteil dieser Prophezeiungen ist eingetroffen. Trotz der erhöhten Beiträge hat die Mitgliederzahl zugenommen, die Führung einer Anzahl Lohnbewegungen und Kämpfe beweisen, daß von einer Preisgabe oder Verminderung des Kampfscharakters innerhalb der Organisation durch den Ausbau der Unterstützungsanstaltungen gar keine Rede sein kann. Deshalb wird der Zentralverein den einmal beschrittenen Weg, die Organisation so auszubauen, daß sie in allen Lagen des Lebens, sei es zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zur Unterstützung in Nothfällen, soweit die eigene Kraft reicht, den Mitgliedern Schutz gewährt, nicht wieder verlassen.

Aus Nah und Fern.

Das Blut von Wilsnack. Das heutige kleine Städtchen Wilsnack in der Westprignitz mit seinen 2155 Einwohnern, die bei der letzten Volkszählung gezählt wurden, hat im späteren Mittelalter eine kurze Zeit von sich reden gemacht. Im Jahre 1383 war die Kirche des Städtchens durch einen Brand vernichtet worden. Ueber die Folgen dieses Brandes lesen wir in der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Hohenzollern, Vergangenheit“: „Aber, o Wunder! auf der Wiese fand man drei Hosen unverfehrt, mit wunderbaren Blutspuren versehen. Hier war ungewissheit der wahren Leib Christi; in der Blut der Flammen hatte er Blut geschmeckt, aber die Flammen hatten nicht vermocht, ihn zu zerstören. Sofort erhob sich ein Sturm von Wallfahrten zu diesem heiligen Blute und eine Unmenge von Wundern wurden bekannt, die das Blut an Kranken und Schwachen getan haben sollte. Es wurden Ablasszettel ausgegeben, natürlich gegen Geld, es wurde eine Denkmünze geprägt und verkauft, die von den Wundern des Blutes auch an anderen Orten verkündet sollte, kurz, es war ein glänzendes Geschäft für den Pfarrer von Wilsnack und den Bischof von Havelberg, in dessen Diözese der neue Wunderort lag. In den benachbarten Ländern brach natürlich bald eine Opposition gegen dieses Treiben los. Die Universität Prag schickte eine Kommission, um die merkwürdige Sache zu untersuchen. Ein Provinzialkonzil sprach mit dürren Worten aus, es handle sich um Betrug der Priester. Aber schon der erste Hohenzoller fand es für vorteilhaft, den Schwinkel zu stützen. Der Sohn Friedrichs II. ließ sogar eine wissenschaftliche Begründung ausarbeiten, in der die wunderthätige Kraft des heiligen Blutes mit vielen Beweisen belegt ward. Von neuem wendete sich der Erzbischof von Magdeburg dagegen, auch von seiner Seite wird

eine wissenschaftliche Schrift gegen dieses heilige Blut von Wilsnack vertrieben. Aber der Landesherzog gibt nicht nach, er wendet sich an den Papst, dem er eben in anderer Beziehung gehorsam hatte; und in mehreren päpstlichen Bullen, zuletzt 1453, erkennt der Papst das heilige Blut als Wunder an. Er genehmigt alle Ablass, die man dort verkauft, und gibt dem Kirchenswindel seinen päpstlichen Segen.“ Wir machen bei dieser Gelegenheit auf das Werk, dem wir diese Ausführungen entnehmen, aufmerksam und empfehlen unseren Lesern, darauf zu abonnieren. Es erscheint in 50 wöchentlichen, reich illustrierten Lieferungen, die in allen Buchhandlungen zu haben sind. Jedes Heft kostet 20 Pf.

Einem löblichen Brauch haben die Stadtväter von Grafenhausen bei Bonndorf im Schwarzwalde bei den Sitzungen im Gemeinderatskollegium eingeführt; wenn nämlich einer der hohen Rathherren die Sitzung verläßt, ist er verpflichtet, ein Achte! Bier aufzusetzen! Da ist dann niemals Mangel an „Stoff“, fast jede Sitzung hat ihr Fäßle Versäumlisbier!

Der unparlamentarische „Käsehändler“. Vor der Journalistentrübne der württembergischen Abgeordneten-Kammer spielte sich kürzlich nach dem ultramontanen „Deutschen Volksblatt“ folgende köstliche Szene ab: Der volksparteiliche Abgeordnete Weg ließ während der Bundtagsitzung den Redakteur des genannten Blattes von der Journalistentrübne herausschreien und sagte zu ihm: „Mein Name ist Weg. Sie haben mich in Ihrem Blatt als Käsehändler bezeichnet. Ich bin Abgeordneter. Warum haben Sie das getan?“ Antwort: „Ueber diese Angelegenheit bin ich Ihnen hier keine Rechenschaft schuldig.“ Weg: „Ich werde den oberständlichen Vätern mitteilen, daß Sie die Käsefabrikation als minderwertig verachten.“ Antwort: „Das können Sie tun.“ Weg beim Weggehen: „Sie frecher Mensch! Ich wollte Sie übrigen nicht beleidigen.“ Antwort: „Es ist schon recht, Herr Weg!“ — Damit gingen die Vertreter der Käse- und der Zeitungswirtschaft friedlich auseinander.

Ein Vatermörder. In Bern erschoss ein junger Mann seinen Vater. Nicotter, so heißt der Mörder, war mit seiner Frau in Streit geraten, der in Tödtlichkeiten ausartete. Als der Vater Nicotter's vermittelnd eingreifen wollte, ergriff der rohe Bursche einen Revolver und feuerte auf den Alten drei Schüsse ab. Der Getroffene stürzte zusammen und verschied auf der Stelle. Nicotter wurde verhaftet.

Ein Unglück im Simplontunnel. Als am Freitag die Nachmittagsfahrt in der Tunnelmitte des Simplondurchstichs eben von der Nachtschicht abgelöst wurde, fiel plötzlich aus dem noch nicht ausgemauerten Gewölbe ein mächtiges Felsstück mitten in die Gruppe von Arbeitern herunter. Drei Mann wurden fürchterlich zerquetscht. Zwei waren auf der Stelle tot, der dritte starb wenige Augenblicke nachher. Alle drei waren Italiener. Das Unglück ereignete sich 10 200 Meter vom Nordportal, in jenem Tunnelstück, das lange Zeit mit heißem Wasser gefüllt war, und wo das Gestein sehr brüchig ist.

Ein Liebesdrama in der Badekabine. In einer Kabine des Budapest-Rathenbades hat sich ein Liebesdrama abgespielt. Gegen 4 Uhr nachmittags erschien dort ein junger Mann mit einem Mädchen und ließ sich dort eine Kabine öffnen. Kurz darauf hörten die Bedienten zwei Revolvergeschüsse. Die Kabinentür wurde erbrochen und man fand den jungen Mann mit durchschossener Brust am Fußboden liegen. Auf dem Sofa lag das Mädchen halb entkleidet; es hatte eine Schußwunde in der Herzgegend. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß das Paar, die 19jährige Elise Balos und der 20jährige Gabriel Caspar, aus unglücklicher Liebe zum Selbstmord geschritten ist.

Literarisches.

„In freien Stunden“ ist die beste Unterhaltungs-Beilage für die Arbeiter, für ihre Frauen und die heranwachsende Jugend. Das eben erschienene 18. Heft enthält zur Ehre Schillers im „Kleinen Feuilleton“ „Ein Frühstück des Herzogs Alba“, außerdem die Fortsetzung der beiden bereits begonnenen Romane. Daneben finden sich lesenswerte kleine Notizen. In jeder Woche erscheint ein Heft für 10 Pf. Abonnenten können jederzeit eintreten.

aber diese Spitzsuben rühten eben alles. Wenn Sie das Ergebnis aller meiner Veranstellungen kennen lernen wollen, bevor Sie sich auf den Schauplatz Ihres neuen Abenteuers begeben, so bemühen Sie sich vor sechs Uhr noch einmal zu mir.“

Lorenz entfernte sich hierauf, um mit Gering seine Vorbereitungen zu treffen. Welche wählten für ihre Absicht die Tracht kleiner Handelsleute, indem sie sich der reichhaltigen Garderobe des Geheimpolkzisten bedienten, der oftmals in die Lage kam, sein Aeußeres den besondern Verhältnissen gemäß umzugestalten. Der junge Rechtsanwält trug dazu ein paar grobe Aufschlagstiefel, einen billigen Klemmer und einen breitrandigen, zerlitterten Hut. Augustin kam auf die Maßregel der Klugheit, nicht eine der Notwendigkeit.

Gegen sechs Uhr abends sprach Lorenz Altner, von dem Detektiv Gering begleitet, abermals bei dem Staatsanwalt Schubert vor.

„Haben Sie noch irgend welche Instruktionen für uns?“ beehrte der junge Anwalt zu wissen.

„Nein — und die Mittelungen, die ich Ihnen zu machen habe, sind leider nicht sehr erfreulicher Art. Die Vernehmungen sowohl der Hamburger Freie und seiner Ehefrau als Ballings haben uns keinen Schritt weiter gebracht. Koller und auch Balling beharrten fest bei ihren früheren Aussagen, und die Frau leugnete ganz entschieden, daß der Mann, mit welchem sie sich gestern getroffen, No-rellly gewesen sei.“

„Das ist hart,“ rief Gering entrüstet. „Wer soll es denn sonst gewesen sein?“

„Ein Freund Ihres Mannes, der ihr etwas Wichtiges zu melden gehabt und sie deshalb durch dritte Hand um das Rendezvous habe ersuchen lassen.“

„So spät in der Nacht?“

„Er habe Ursachen, sich nicht am Tage zu zeigen; die Polizei sahnde auf ihn, sie wisse jedoch nicht, weshalb.“

„Und was hat er ihr vertraut?“ forschte Lorenz betroffen.

„Das wollte sie nicht sagen.“

„Aha —“

„Natürlich behalte ich das Weib in Haft, sie ist nunmehr der Fehlerlei und Beihilfe dringend verdächtig, auch will ich ihren Durchstechereien ein für allemal ein Ende bereiten. Denn, wissen Sie, Herr Kollege, sie hat tatsächlich eine Botschaft an Ihren Mann gelangen lassen.“

„Auf welche Weise?“

„Auf die raffinierteste von der Welt. Der Aufseher wartete schon stundenlang vergebens in Kollers Zelle, als er auf einmal ein Geräusch vernahm, wie wenn ein kleiner Stein gegen das Fenster geworfen wird. Er ging hin, um nachzusehen; richtig, auf dem Boden vor dem Fenster lag ein von geschickter Hand geworfener, mit Papier umwickelter Gegenstand, es war ein Zettel, der um einen Stein befestigt war. Auf dem Zettel standen mit Bleistift geschrieben die Worte: „Sei standhaft; nichts versprechen, laß Dich vom Kiewitsch nicht verblüffen. Alles gut, wenn Du fest bleibst.“ Versprechen bedeutet verraten, der Kiewitsch bin ich,“ setzte Schubert lächelnd hinzu.

„So kurz diese Epistel ist, spricht sie doch eine herabedte Sprache,“ erklärte Lorenz erfreut, „sie enthält indirekt das ganze Lügen-system der Diebsgesellschaft.“

„Allerdings — aber hören Sie weiter. Der Aufseher forschte unermüdet dem Ursprung des Zettels nach. Unten im Hof machte eine Anzahl Untersuchungsgefangener gerade ihren Spaziergang, nur einer von ihnen konnte den Stein geworfen haben, und zwar mußte es jemand sein, der seiner Hand ziemlich sicher ist. Unser Verdacht lenkte sich sogleich auf einen seit einigen Wochen inhaftierten Taschenspieler, einer mit allen Wassern gewaschenen Kunden. In der Tat:

dieser nebst einigen anderen Gefangenen hatte ruhig seinen Spaziergang fortgesetzt, während mehrere andere Häftlinge in einer Ecke sich plöthlich um einen ihrer Genossen, der anscheinend in Ohnmacht gefallen war, versammelten. Natürlich eilten die Aufseher hin, um zu sehen, was passiert sei — diese wenigen Augenblicke benutzte der Jongleur, um sein Vorhaben auszuführen. Selbstverständlich war auch die ganze Ohnmacht nur fingiert und während der Freizeit mit wenigen Worten von den unter einer Decke spielenden Gaunern verabredet.“

„Ein Meisterstück — woher kennt aber der Jongleur die Zelle Kollers?“

„Er ist es gewiß, der ihm bereits den früheren Brief seiner Frau in die Hände gespielt hat. Die Lage der Zelle hat ihm Frau Koller genau beschrieben. Wir sind um so sicherer, daß er der Attentäter ist, weil er heute früh den Besuch seiner Frau empfangen hat. Eigentlich war es noch gar nicht Besuchzeit, als sie kam und sagte, ihr Kind sei krank geworden, sie habe auch keine Mittel mehr, hier zu leben, sie müsse mit Ihrem Mann reden, da sie Dresden verlassen wolle. In gutem Glauben erhielt sie Zutritt — sie war sicherlich die Mittelsperson, ihr hat die Koller das Papier übergeben, und sie hat es ihrem Manne heimlich zugesteckt.“

„Wie war sie jedoch dazu im Stande? Der Aufseher ist doch bei der Unterredung zugegen?“

„Gewiß ist er zugegen und paßt scharf auf, wenn es sich um solche Subjekte, die aller Teufel voll sind, handelt. Er versichert auch, die Hände beider nicht aus den Augen verloren zu haben. Sie habe dem Jongleur weder etwas zusetzen noch ihm ein einziges ungehöriges Wort sagen können. Wenn es ihr trotzdem gelungen ist, ihren Auftrag auszuführen, so muß sie sich einer raffinierten List bedient haben. Welcher Art diese List gewesen, ist leicht zu erraten.“

(Fortsetzung folgt.)